

**Peter Born**

**Sektorale Akteure und Finanz-  
Industrie-Gruppen in Rußland**

**20**<sub>/1999</sub>

**Osteuropa-Institut**

**der Freien Universität Berlin**

Arbeitspapiere des Bereichs Politik und Gesellschaft

---

**Peter Born**

**Sektorale Akteure und Finanz-  
Industrie-Gruppen in Rußland**

---

Heft 20/1999

© 1999 by Peter Born  
Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin  
Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft  
Herausgeber: Klaus Segbers  
Redaktion: Andreas Heinrich

ISSN 1434 – 419X

# Sektorale und korporative politische Akteure in Rußland

Verfasser: Peter Born

Inhalt:

1.) Einleitung

2.) Sektorale Fragmentierung und das nationale Interesse

2. 1.) Sektorale Fragmentierung (nach V. Lepechin)

2. 2.) Verwandte und vorhergehende theoretische Ansätze

2. 2. 1.) Die Theorie des administrativen Marktes

2. 2. 2.) Der Diskurs um den orientalischen Despotismus

2. 3.) Korporationen und Industriegemeinschaften

2. 4.) Das nationale Interesse

3.) Was sind relevante Sektoren und in welchem Verhältnis stehen sie zueinander?

3. 1.) "Komplexe" und "Gruppierungen" (nach V. Berezovskij und V. Èervjakov sowie V. Lepechin)

3. 2.) Der Begriff der "Eliten" nach Jakov Pappe

3. 2. 1.) Exkurs: Zum Begriff einer "Banken- Elite" aus der Sicht von Ende 1998

3. 3.) "Stabilisatoren" vs. "Umverteiler" (nach Klaus Segbers)

4.) Finanz- industrielle Gruppierungen als sektorenübergreifende neue Akteure

5.) Einige Betrachtungen zu den korporativen Akteuren Ende 1998

6.) "Gas- Generäle" und "Öl- Barone". Sektorale Akteure und ihre außenpolitischen Interessen anhand zweier Beispiele

6. 1.) Der Erdgassektor

6. 2.) Der Erdölsektor

7.) Schluß

1.) Einleitung

In westeuropäischen Staaten gelten Parteien als wesentliche Akteure in politischen Entscheidungsprozessen. Die Parteiensysteme sind in der Regel über Jahrzehnte hinweg weitgehend stabil (mit Italien als Ausnahme); in ihrem Zentrum stehen oft zwei große miteinander konkurrierende Hauptkräfte. Ähnliche Strukturen haben sich in einer Reihe ostmitteleuropäischer Staaten herausgebildet. In Rußland dagegen ist der Einfluß von Parteien schon durch die Verfassung vom Dezember 1993 auf die untere Kammer des Parlaments begrenzt, zudem ist das Parteiensystem hochgradig zersplittert und instabil. Mitte 1993 soll es über 1000 Parteien und parteiähnliche Gruppierungen gegeben haben. Ende 1998 waren nach Angaben von Grigorij Javlinskij in Rußland (auf föderaler und regionaler Ebene) bereits 50000 Parteien registriert. (1) Parteien und Wahlplattformen werden gegründet, erleben eventuell eine politische Konjunktur, um wenig später wieder in der Bedeutungslosigkeit zu verschwinden. Beste Beispiele sind zwei der formal stärksten politischen Kräfte in der ersten Staatsduma vom Dezember 1993, Egor Gaidars "Vybor Rossii" sowie Sergej Šachrajs PRES (Partija rossijskogo edinstva i soglasija). Offensichtlich hatten diese Parteien keine wirkliche soziale Basis, sondern dienten lediglich als zeitweilige "Transmitter" (nach Claudia Schmedt (2)) zur Durchsetzung der Interessen spezifischer gesellschaftlicher Einflußgruppen.

Die Kategorie "Interesse" ist bei der Analyse politischer Entwicklungen in Rußland allerdings lange vernachlässigt worden, wie Vladimir Lepechin schreibt: "... the category 'interest' still remains extremely abstract in Russian social studies. Analysis of the struggle between various political groupings is largely based on the study of problems of ideology, or, more broadly speaking, mentality, rather than actual interests of social groups." (3) Ein gutes Beispiel für diese Überbetonung von "Ideologien" und "Mentalitäten" ist wohl der Versuch von Anatolij Denisov, nach der 1993er Parlamentswahl sämtliche politischen Kräfte und Persönlichkeiten in einem dreidimensionalen "politischen Panoptikum" (4) zu verorten, wobei die drei Koordinatenachsen von jeweils antipodischen abstrakten Begriffspaaren gebildet werden ("Gleichheit" vs. "Freiheit"; "Demokratie" vs. "Diktatur" sowie "Internationalismus" vs. "Nationalismus"). An den äußeren Rändern jeweils einer oder zweier dieser Koordinatenachsen bilden sich sogenannte "Zentren" heraus, die von politischen Persönlichkeiten verkörpert werden (etwa V. Zorkin und A. Solženizyn im "Zentrum der reinen Demokratie"; G. Burbulis und S. Baburin im "Zentrum der reinen Gewalt"). Schließlich gibt es im Schnittpunkt der Achsen noch das "Konvergenz- Zentrum", verkörpert u. a. durch V. Èernomyrdin und A. Vol'skij. Dieser Ansatz Denisovs diente natürlich vor allem dazu, das zu jenem Zeitpunkt in den rußländischen und westlichen Medien

vorherrschende Bild einer dreigeteilten politischen Landschaft Rußlands ("Reformer", "Antireformer" und "Zentristen") in Frage zu stellen. Er hatte mit jenem Bild aber die Grundannahme gemein, daß sich politische Konflikte vor allem auf gegensätzliche ideologische Konstrukte gründeten, daß also abstrakte Begriffe gleichsam die eigentlichen politischen Akteure seien.

Für V. Lepechin ist ein solches Denken in begrifflichen Dichotomien einerseits ein Ausdruck der Nachwirkung des Klassenansatzes in den sowjetischen Sozialwissenschaften, innerhalb dessen "Interesse" nur als ein allgemeineres Klasseninteresse, nicht aber als ein konkreteres Interesse einer "Machtgruppe" formuliert werden konnte (was nach demselben Autor der gesellschaftlichen Realität der Sowjetunion weit weniger entsprochen habe, als der Realität westeuropäischer Staaten; siehe Abschnitt 2. (5) Andererseits sei diese Art der Modellbildung aber auch Ausdruck einer realen Einfachheit der Interessenstruktur im gegenwärtigen rußländischen Transformationsprozeß. Jedes konkrete Interesse ließe sich auf einen von zwei Grundtypen zurückführen - "überlebensinteresse" bzw. "Interesse an Ressourcenzuwachs". "... if any problem may become a structure- forming factor within a stable situation (this being why consumer's associations, movements pro and contra abortion, for tax reduction or wage rises etc. may become powerful political movements), then consequently in a period of large-scale transformation all participants of the process are attracted to poles: one either participates in the process along with the next person, or is swept aside and forced to struggle for survival. The simplicity, or I would even say the primitive nature of present- day Russian interests determines the primitive nature of the political process as well as the primitivism of its treatment and description." (6)

Ausgehend von dem Begriff des Interesses soll diese Arbeit die sektoralen Akteure im heutigen Rußland zum Thema haben (zur Frage, was als Sektor zu betrachten sei, siehe die Abschnitte 2 und 3). Es soll auf die verschiedenartige Struktur und das unterschiedliche Gewicht einzelner sektoraler Größen eingegangen werden. In einer theoretischen Annäherung an das Thema sollen eingangs Theorieansätze zu der Frage sektoraler Fragmentierung in Rußland und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion im Mittelpunkt stehen, wobei der Bezugsrahmen dieser Arbeit sich auf Rußland beschränken wird. Das Problem sektoraler Interessen und "Eliten" (bzw. "power pressure groups" etc.) wird zunächst weitgehend losgelöst von der Frage nach außenpolitischen Implikationen der Fragmentierung behandelt

werden; in Abschnitt 6 dann wird am Beispiel zweier der einflußreichsten sektoralen Machtgruppen auf außenpolitische Interessen näher eingegangen werden.

Es erscheint ratsam, im Abschnitt 4 gesondert auf finanz- industrielle Gruppierungen als politische Akteure in Rußland einzugehen, auch wenn diese keine sektoralen Akteure im eigentlichen Sinne darstellen (ihre ökonomische Basis ist sektorenübergreifend). Beginnend mit den Pfandauktionen des Jahres 1995 konnten die sogenannten FPG ("Finansovopromyšlennye gruppirovki") ihren Einfluß erheblich steigern. Vielfach traten sie als eine übermächtige Konkurrenz gegenüber den "alten", schon zu sowjetischen Zeiten konstituierten Machtgruppen in Erscheinung, oder aber sie gingen mit letzteren partielle Allianzen ein.

Im Abschnitt 5 soll eine vorläufige Einschätzung der Ereignisse des Jahres 1998 und ihrer Wirkung auf das Kräfteverhältnis zwischen den vorher herausgestellten Einflußgruppen gegeben werden. Dabei wird auf interne Entwicklungen (Finanzkrise, Regierungswechsel) ebenso eingegangen werden wie auf externe Faktoren (Verfall der Weltmarktpreise für Rohstoffe).

## 2.) Sektorale Fragmentierung und das nationale Interesse

### 2. 1.) Sektorale Fragmentierung (nach V. Lepechin)

Ein Muster der Wahrnehmung und Beschreibung von Gesellschaften, welches nach V. Lepechin "so alt wie die Welt" sei, beruht auf einer horizontalen Gliederung in mehrere (in der Regel zwei) große Schichten ("super- strata"). Maßgebliches Kriterium für die Formierung dieser "super- strata" sei die Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit jeweiliger Teile der Mitglieder einer Gesellschaft mit den herrschenden Eigentumsverhältnissen und der Verteilung von Macht und Einfluß. Der Marxsche Klassenansatz sei nur eine der Ausformulierungen dieses uralten Wahrnehmungsmusters.

Lepechin verweist nun allerdings darauf, daß die Anwendung eines solchen horizontalen Schichten- Modells auf die sowjetische und postsowjetisch- russische Gesellschaft in hohem Grade willkürlich und nur um den Preis einer sehr mechanistischen Darstellung zu haben sei. Dies sei vor allem darauf zurückzuführen, daß die reale Verfügungsgewalt über Ressourcen



keinen Ausdruck in verrechtlichten Eigentumsverhältnissen gefunden habe: "Due to the unlawful form of property acquisition and delegation of the right to manage it in the absence of any entitlement to its actual possession, the borderlines between various strata ... were blurred." (1) Es ist hierzu aber zu bemerken, daß Lepechin diese "unnormale" Konstellation nur für die voll entfaltete sowjetische und postsowjetisch- russische Gesellschaft behauptet, daß er im Gegensatz zu etlichen anderen Autoren (siehe weiter unten) eine (zeitweilige?) Abweichung von einem "normalen" Entwicklungsweg annimmt, nicht aber eine grundlegende Eigenheit eines in der "asiatischen" oder "nicht- zivilen" Tradition Rußlands gründenden Entwicklungstypus.

Die entscheidenden Trenn- und Konfliktlinien in der sowjetischen und postsowjetischen Gesellschaft verlaufen denn nach Lepechin auch nicht zwischen sozialen Schichten, sondern zwischen Sektoren und Regionen. Die Unterschiede im Lebensstandard etwa zwischen Industriemanager und Arbeiter innerhalb eines Sektors oder einer Region seien oft unerheblich, verglichen mit den intersektoralen und interregionalen Ungleichheiten. Somit sei auch ein spezifischer Typus von Interessen für Entscheidungsprozesse in der sowjetischen und postsowjetischen Gesellschaft prägend: sektorale und regionale (man könnte sagen: partikulare) an Stelle von sozialen und politischen Interessen. (Ob vor diesem Hintergrund überhaupt mit einiger Berechtigung Begriffe wie "Politik" und "Gesellschaft" zur Kennzeichnung postsowjetischer Phänomene benutzt werden können bzw. welche definitiven Grundlagen diese Begriffe dann haben müßten, sind begründete Fragen, die aber in diesem Rahmen nicht behandelt werden sollen.)

Der postsowjetische Raum ist demnach nicht horizontal geschichtet, sondern vertikal fragmentiert. Legt man das räumliche Bild einer Pyramide als Modell für die Beschreibung der sowjetischen und postsowjetischen Gesellschaft bzw. Gemeinschaft (Lepechin verwendet sowohl den Begriff "society" als auch "community") zugrunde, so tritt diese Fragmentierung nach Lepechin allerdings nur an der Spitze der Pyramide deutlich hervor. Das heißt, widerstreitende Interessen wurden auf der Ebene der "Allokatoren" (in sowjetischer Zeit gleichbedeutend mit Machtgruppen innerhalb der Führungsgremien der KPdSU) formuliert, "while the rest of society constituted an amorphous, homogenous mass of mobile layers which were unarticulated and unaggregated in the political sphere." (2)

## 2. 2.) Verwandte und vorhergehende theoretische Ansätze

Es ist zu erwähnen, daß dieser Lepechinsche Ansatz eine gewisse Wesensverwandtschaft mit zwei älteren wissenschaftlichen Konstrukten hat, auch wenn der Autor darauf nicht explizit eingeht. Es handelt sich dabei einerseits um den "administrativen Markt", andererseits um den "orientalischen Despotismus".

### 2. 2. 1.) Die Theorie des administrativen Marktes

Die Theorie des administrativen Marktes wurde von russischen Wirtschaftswissenschaftlern während und nach der Perestroika- Phase formuliert. (3) Ihr zufolge begann das streng hierarchische Kommandosystem der sowjetischen Wirtschaft sich bereits seit dem Ende der 40er Jahre auszudifferenzieren; es entwickelte sich hin zu einem "heterarchischen" System von Aushandlungsprozessen zwischen verschiedenen Interessengruppen. Der administrative Markt sei im Grunde ein oligopolistischer Markt; seine Besonderheit habe aber darin bestanden, daß die "Markt"- Beziehungen nicht formal verrechtlicht worden und zudem keine monetären Beziehungen gewesen seien. Die Grundwährung dieses Marktes habe vielmehr in "administrativen Dienstleistungen" bestanden. Das Wesen des sowjetischen und postsowjetischen Reformprozesses sei nun gerade die Verrechtlichung und Monetarisierung der Beziehungen innerhalb des administrativen Marktes, d. h. die Ergänzung und Erweiterung der realen Verfügungsgewalt über Ressourcen durch formale Eigentumstitel und die Ersetzung der heterogenen "administrativen Dienstleistungen" durch Geld als Tauschmittel. "... instead of the complicated distribution of hundreds of different resources, it suffices to control and distribute just two: finances and rights. In this sense, the modernisation of the administrative market is the transfer from the natural economic forms (including barter trades) to a more sophisticated manipulation of financial resources, rights and privileges." (4) Der administrative, oligopolistische Markt unterliege einer Modernisierung, behalte aber seine grundlegende Funktion als Redistributions- Mechanismus zwischen den einzelnen Akteuren (Branchen und Regionen).

### 2. 2. 2.) Der Diskurs um den orientalischen Despotismus

Der Begriff der "rationalen Redistribution" ist eine zentrale Kategorie auch in einem noch älteren historischen Diskurs, auf den ich unter dem Stichwort "orientalischer Despotismus"

bereits verwiesen habe. Die Terminologie geht zurück auf Karl Marx, Friedrich Engels, Max Weber und Otto Hintze; bezogen auf Rußland fand dieser Ansatz seine explizite Ausformulierung vor allem bei Karl August Wittfogel. (5) In der Folge wurde er in vielfacher Hinsicht modifiziert; er fand Beachtung vor allem sowjetkritischen europäischen Marxisten und ostmitteleuropäischen Dissidenten. (6) Es ist nicht möglich, in diesem Rahmen mehr als eine sehr verkürzte Darstellung dieses Diskurses zu liefern. Die Grundannahme besteht darin, daß die gesamte sozioökonomische Entwicklung Rußlands seit Jahrhunderten einer anderen Logik folgt als die (west-) europäische. Der europäischen feudalistisch- kapitalistischen Entwicklung wird der auf der "asiatischen Produktionsweise" gründende "orientalische Despotismus" als ein genuin verschiedenes zivilisatorisches Modell gegenübergestellt. Die Ursprünge dieser divergenten Entwicklung seien vor allem geographisch- klimatisch bedingt. Der europäische Regenfeldaufbau habe die Herausbildung kleinteiliger räumlicher Strukturen zugelassen, verbunden mit einem Anreiz zur Intensivierung der agrarischen Produktion. Charakteristisch für dieses Entwicklungsmodell seien räumliche Aufgliederung, soziale Differenzierung und eine relativ geringe Bedeutung der Herrschaftszentren. Demgegenüber sei die in mehreren außereuropäischen Räumen entstandene Bewässerungswirtschaft auf die ständige Verfügung eines omnipotenten Zentrums über eine große Anzahl von Arbeitskräften angewiesen gewesen (Wittfogel verwendet den Ausdruck "hydraulische Gesellschaften"). Charakteristisch für dieses Entwicklungsmodell seien die weitgehende Unbeschränktheit der Zentralmacht, großräumige Agrarwirtschaft, geringe Binnen- Differenzierung und eine gewisse Statik (bedingt durch ein Innovations- Monopol des Herrschaftszentrums).

Der westliche feudalistisch- kapitalistische Entwicklungstypus habe zur Herausbildung von Marktbeziehungen zwischen autonomen Wirtschaftssubjekten geführt, während die Fragen der Allokation von Ressourcen in den "asiatischen" Gesellschaften (der Terminus ist nicht im geographischen Sinne zu verstehen!) durch eine vom Zentrum verfügte "rationale Redistribution" geregelt worden sei. Exemplarisch für den ganzen Ansatz sehen György Konrad und Ivan Szelenyi eine direkte Entwicklungslinie hin zur sowjetischen Zentralverwaltungswirtschaft: "Jenes ökonomische System, durch das die neuzeitliche Entwicklung Osteuropas gedeutet werden kann, ist nicht nur rückständiger als das westliche Modell, sondern unterscheidet sich auch qualitativ von diesem. Wir nennen dieses ökonomische System die 'frühe rationale Redistribution', auf der die sozialistische rationale Redistribution, die die hegemoniale Rolle des Staates bei der Wirtschaftsentwicklung totalisiert, nicht im entferntesten unorganisch aufgebaut ist. Die osteuropäische Intelligenz hat

das Ethos des teleologischen Redistribuenten, von dem sich plötzlich herausstellte, daß es mit dem Geist des Sozialismus identisch ist, nicht dank der Lehren des Marxismus- Leninismus entwickelt, sondern aufgrund ihrer in der gesellschaftlichen Struktur der frühen rationalen Redistribution eingenommenen Rolle." (7)

Dieses Zitat verweist auf ein grundlegendes Problem des Diskurses um den "orientalischen Despotismus" bzw. die "asiatische Produktionsweise". Die Termini als solche sind aus wirtschaftshistorischer Sicht kaum umstritten, ihre Anwendung auf Rußland jedoch um so mehr. Die extensive Brandrodungswirtschaft in Rußland wies zwar Unterschiede zu dem räumlich begrenzten (west-) europäischen Regenfeldbau auf, sie läßt sich aber kaum in einen Zusammenhang mit den "asiatischen" Bewässerungswirtschaften bringen. Die Argumente, die von den Protagonisten des Diskurses zugunsten einer Einbeziehung Rußlands in das "asiatische" Modell vorgebracht werden, verweisen vor allem auf die übergeordnete militärische Funktion des Zentrums. Die ständige potentielle Notwendigkeit einer militärischen Mobilisierung großer Bevölkerungsteile habe gewissermaßen die im genuin "asiatischen" Gesellschaftstypus bestehende Notwendigkeit einer ökonomischen Mobilisierung ersetzt. Die Grenzkampftheorie V. O. Kljuèevskijs wird ebenso herangezogen wie die Annahme einer frühen mongolisch- tatarischen Überformung des rußländischen Raumes. (8) "Was für die mesopotamische oder chinesische Gesellschaft die Überschwemmungsgefahr bedeutete, war für die Völker Osteuropas der ständige Angriff halbnomadischer Reiche... Nach Westen breitete sich auf diese Weise ein spezifisches Modell der asiatischen traditionellen Redistribution aus, in dem die zentralisierte Umverteilung nicht der hydraulischen Wasserwirtschaft diente, sondern der Unterhaltung eines stehenden Heeres." (9)

Die Behauptung einer seit Jahrhunderten vom Westen divergierenden Entwicklung Rußlands, welche in der Logik eines "asiatischen" Zivilisationstypus gründe, hat unter anderem in der Mitteleuropa- Debatte der 80er Jahre eine zentrale Rolle gespielt; sie wird aber von der wirtschafts- und sozialhistorischen Forschung mit großer Skepsis gesehen. Wie Dietrich Geyer kritisch zu K. A. Wittfogel vermerkte, kann "nach dem Stand der modernen Forschung... eine so weitgehende Absonderung der russischen Sozial- und Verfassungsgeschichte freilich nicht mehr aufrechterhalten werden." (10)

Vladimir Lepechin geht - wie bereits angeführt - in seiner Darstellung auch nicht von einer solch weitgehenden Absonderung Rußlands aus; er behandelt ausdrücklich nur die sowjetische und postsowjetische Gesellschaft. Einige seiner Topoi, so die Nichtanwendbarkeit des Klassenansatzes, das Pyramidenmodell einer Gesellschaft ohne signifikante horizontale Schichtung sowie die "amorphe Masse" am Fuße der Pyramide weisen aber Gemeinsamkeiten mit dem Diskurs um die "orientalische Despotie" auf. (11)

### 2. 3.) Korporationen und Industriegemeinschaften

Angesprochen wurden bisher Phänomene wie die schwach ausgeprägte soziale Schichtung (die jedenfalls kaum für die politische Austragung von Interessenkonflikten bestimmend ist), die vertikale Fragmentierung der Gesellschaft und die praktische Bedeutungslosigkeit von Parteistrukturen in realen Entscheidungsprozessen. Vor einem solchen Hintergrund ist der Begriff der Korporation bzw. des Korporatismus für die Erörterung der Frage nach politischen Akteuren von Interesse. Sergej Peregudov beleuchtet in einem in der "Nezavisimaja gazeta" erschienenen Essay (12) die gegenwärtige Diskussion des Korporatismus- Begriffes in Rußland. Er spricht von der Korporation als gesellschaftspolitischer Institution ("krupnaja korporacija kak obščestvenno- političeskij institut"). Eine Korporation in diesem Sinne ist nicht einfach nur ein großes Wirtschaftsunternehmen, das zum Zwecke der Gewinnmaximierung auf politische Entscheidungen Einfluß zu nehmen trachtet. Es ist vielmehr eine Institution, die für das gesamte politische und sozioökonomische System konstituierend ist und unter anderem auch die Funktionen eines Wirtschaftsunternehmens und eines politischen Akteurs ausfüllt. Derartige Phänomene seien auch im westeuropäischen Raum anzutreffen; die Gesellschaften des postsowjetischen Raumes seien jedoch von einem besonderen Ungleichgewicht geprägt, d. h. von einer Hypertrophie der Korporationen und einer geringen Bedeutung anderer gesellschaftspolitischer Institutionen wie Parteien oder "freiwilliger Verbände" ("dobrovol'nych ob-edinenij").

Peregudov weist besonders auf die Bedeutung der rußländischen Korporationen als "soziale Institutionen" hin; er übernimmt diesbezüglich von anderen Autoren Begriffe wie "Patronage" und "industriegemeinschaftliche Beziehungen" ("industrial'no- obščinnye otnošenija"). In der Tat wird in vielen Branchen und Regionen Rußlands nahezu die gesamte soziale Infrastruktur (medizinische Einrichtungen, Kindergärten etc.) durch einzelne große Wirtschaftseinheiten

aufrechterhalten, was im Zusammenhang mit deren möglicher Zergliederung selbst der entschiedenste Verfechter eines Entmonopolisierungsprogramms, Grigorij Javlinskij, als ein ernsthaftes Problem ansah: "Ein großer Teil der staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen hat bis zu 80% des Gewinns für die Erhaltung der sozialen Infrastruktur aufgewandt. Deshalb muß der erste Schritt eines strukturellen Umbaus, einer Konversion des militärisch-industriellen Komplexes und einer Dezentralisierung der Monopole darin bestehen, die soziale Infrastruktur von den staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen abzutrennen. Viele Dinge, darunter auch die Zergliederung der Industrie- Giganten in mehrere Teile, können ohne dies nicht verwirklicht werden." (13)

Die "industriegemeinschaftlichen Beziehungen" erklären den besonderen Charakter von Arbeitskämpfen in Rußland. Es geht in der Regel nicht um die Frage, wie ein vorhandener Betriebsgewinn zwischen Eigentümern, Management und Belegschaft zu verteilen sei. Vielmehr richtet sich der Streik, der von der gesamten Korporation getragen wird, gegen das Redistributionszentrum und die von diesem gesetzten Prioritäten. Ziel ist die Erlangung einer besseren Position im Redistributionsprozeß bzw. (nach Peregudov) einer "politischen Rente". Ein typisches Beispiel sind die Streiks in der Kohleindustrie vom Winter 1996/ 1997, die ihrem Wesen nach von Beginn an politische Streiks waren. Eine zentrale Forderung bestand nicht zufällig im Rücktritt des damaligen Premierministers Viktor Èernomyrdin, der als Vertreter der Erdgas- Elite (siehe 3. 2. und 6. 1.) in besonderem Maße als Hindernis für die Durchsetzung der Interessen der Kohle- Machtgruppe gesehen wurde. Während sich die Streikbewegung noch formierte, wurde über die Kohle- Gewerkschaft Rosugleprofsojuz folgendes vermeldet: "... ihre Führung ... hat entschieden, sich mit den Arbeitgebern zu verbünden. Wie bekannt wurde, hat in Moskau die Vorbereitung eines Kongresses der Kohle- Beschäftigten begonnen, der Arbeitgeber, Gewerkschaften und Administration zur 'lobbyistischen Vertretung der Interessen der Kohle- Beschäftigten in den Machtstrukturen' vereinen wird." (14). Wahrscheinlich international in dieser Form präzedenzlos, aber bezeichnend für das postsowjetische politisch- ökonomische System in Rußland war eine der Forderungen von Rosugleprofsojuz: die Umwandlung des Kohle- Giganten Rosugol' in ein föderales Ministerium. (15) Die Ausübung korporativ- lobbyistischer Funktionen durch Branchengewerkschaften beschränkt sich jedoch nicht nur auf Sektoren, die sich gegenüber dem Redistributionszentrum in der Defensive befinden. Im Oktober 1998 versuchten die Gewerkschaftsführer von Noril'skij nikel', beide Kammern des rußländischen Parlamentes zu Steuererleichterungen und protektionistischen Maßnahmen zu bewegen - und dies zugunsten

eines Unternehmens, das seit 1997 zum "Imperium" der Oneksimbank gehört, mithin einer finanz- industriellen Gruppierung (siehe Abschnitt 5), die lange Zeit zu den "systembildenden" (d. h. auch: staatstragenden) gezählt wurde. (16)

Nur am Rande eingegangen werden kann hier auf die Überlappung von sektoraler und regionaler Fragmentierung. Vor allem im Bereich der extraktiven Industrien konzentrieren sich die wesentlichen Standorte innerhalb der Rußländischen Föderation jeweils auf wenige der 89 Föderationssubjekte. (17) Jeweils einer der Giganten der extraktiven Industrien wie Gazprom, LUKojl, Rosugol', Almazy Rossii- Sacha etc. tritt vor allem in den östlichen und nördlichen Regionen als Hauptarbeitgeber, Hauptfinancier des regionalen Budgets sowie Träger der sozialen Infrastruktur in Erscheinung. Statusveränderungen der großen Korporationen innerhalb des föderationsübergreifenden Redistributionsprozesses bedeuten deshalb meist auch eine Umverteilung von Wohlstand zwischen den Regionen - eine Tatsache, die mittelfristig den Bestand der Föderation weit stärker in Frage stellen kann als ein überkompensierender Ethnozentrismus in den Republiken mit nichtrussischen Titularnationen. Der Lebensstandard klappt zwischen verschiedenen Regionen mit industrieller Monokultur bereits deutlich auseinander - während es z. B. in der Diamanten- Region Jakutien (Republik Jakutija- Sacha) in den vergangenen Jahren zu einer spürbaren wirtschaftlichen und sozialen Verbesserung gekommen ist (getragen von dem Diamanten- Monopolisten Almazy Rossii- Sacha), so standen die von der Kohleförderung geprägten Regionen, insbesondere das westsibirische Gebiet Kemerovo mehrfach am Rande einer massenhaften Verelendung und des Zerfalls jeglicher sozialer Infrastruktur. (18) In etlichen Regionen kam und kommt es zu einer weitgehenden Verflechtung der regionalen Administration unter Einschluß der Gouverneure mit den jeweils in der Region dominanten Korporationen (z. B. Kemerovo - Kohle - Aman Tuleev; Krasnojarsk - Aluminium - Aleksandr Lebed' u. a.)

## 2. 4.) Das nationale Interesse

Vorausgesetzt, man geht nicht davon aus, daß das nationale Interesse für einen konkreten Staat in mythischer Weise vorgegeben oder geographisch determiniert ist (19), so kann man annehmen, daß ein Begriff wie "nationales Interesse" in der Realität sowohl die aggregierten Interessen wesentlicher innerstaatlicher Akteursgruppen als auch ein von einer

meinungsbildenden gesellschaftlichen Elite entworfenes Konstrukt bezeichnen kann. Eine konsistente staatliche Politik (dies gilt insbesondere für die Außenpolitik) sollte also einen Modus zur Kanalisierung verschiedener partikularer Interessen ebenso voraussetzen wie die weitgehende Akzeptanz eines ideologischen Konstrukts "nationales Interesse", zumindest seitens der Funktionseliten. Beides ist in Rußland offensichtlich nicht der Fall. Klaus Segbers spricht von einer "Unfähigkeit, nationale Interessen verbindlich zu definieren und einen wirksamen Konsens darüber herzustellen." Und weiter bezüglich der Außenpolitik: "In der Folge ergibt sich ein partikularer Charakter aussenpolitischer Interessen. Die russischen Banken, die Hersteller von Flugzeugen und Raketen, die Produzenten von Öl und Gas, regionale Verwaltungen, zentrale Bürokratien - sie alle haben eigene Kalküle, die zumeist indirekt auch mit der Aussenwelt verbunden sind. Aber es fehlt eine mediatisierende und harmonisierende, auch Kompromisse erzwingende Instanz." (20) Zur Frage, warum dies so ist, sollen im folgenden zwei Argumente angeführt werden, wobei das erste die Art der Interessendurchsetzung seitens einzelner Akteure, das zweite die konstruktive Leistung seitens einer gesellschaftlichen Elite betrifft.

Einer Kanalisierung der Interessen einzelner Akteure stehen erstens der kurzfristige, wenig strategisch- planerische Charakter der einzelnen verfolgten Interessen ("Ad-hocerie", nach Segbers (21)) sowie zweitens der traditionell konfrontative Modus der Interessendurchsetzung im Wege.

Die "Ad-hocerie" erklärt sich vor allem aus der Tatsache, daß es bisher nur wenigen Akteuren auf der politischen Bühne Rußlands gelungen ist, einen realen Status zu erlangen, der zum mindesten ihr eigenes Überleben als politische und wirtschaftliche Subjekte garantiert. Klaus Segbers schreibt: "Zentrale Aufgabe und somit zentrales Interesse für Individuen und Gruppen in den postsowjetischen Räumen ist das Überleben unter schwierigen Bedingungen. Die Absicht und die Fähigkeit zu gestalten, ist dagegen nur schwach ausgeprägt. ... Für die meisten Gruppen, Personen etc. geht es nicht darum, etwas zu realisieren und umzusetzen - etwa Konzeptionen und Ähnliches -, sondern von Tag zu Tag zu reagieren, über die Runden zu kommen und ihre Position in einer höchst instabilen inneren Situation zu halten oder zu verbessern. Der Vorrang des Geschehens durch Ad- hoc- Reaktionen gilt gleichermaßen für innere wie äußere Politik: Sowenig wie es eine Schocktherapie von Herrn Gaidar gab, gab und gibt es eine Balkan-, Westeuropa- Politik etc. Statt dessen gibt es situatives Handeln." (22)



Bezüglich der konfrontativen Verhaltensmuster rußländischer politischer und wirtschaftlicher Akteure bei der gegenseitigen Abstimmung ihrer Interessen sei hier auf eine Untersuchung der Soziologin Elena Lopuchina zur "Geschäftskultur der rußländischen Gesellschaft" verwiesen, welche in Sonja Margolinas Buch "Rußland: Die nichtzivile Gesellschaft" behandelt wird. (23) Lopuchina konstatiert eine "Neigung, die Interessen der anderen Seite als illegitim zu betrachten und sich mit kleinerem Gewinn zufrieden zu geben, solange der Partner noch weniger gewinnt." Dies steht offensichtlich auch einer klaren Definition eigener Interessen im Wege: "Die Verhandlungspartner waren sich weder der eigenen Ziele voll bewußt, noch daran interessiert, eine klare Vorstellung von den Interessen ihrer Partner zu bekommen. ... Das bestimmende Motiv war, Druck auf den Partner auszuüben und ihn zu zwingen, auf die ihm gestellten Bedingungen einzugehen." Lopuchina und in der Folge auch Margolina interpretieren diese tendenzielle Unfähigkeit zum rationalen Interessenausgleich als eine Fortwirkung der Gewohnheiten aus sowjetischer Zeit mit ihrer "stereotypen Beziehung von Macht und Unterdrückung" und dem Fehlen von Vertragsbeziehungen.

Auf den konfrontativen Modus der Interessendurchsetzung seitens der Korporationen geht auch Sergej Peregudov in dem bereits erwähnten Essay ein. (24) Er sieht das daraus erwachsende Problem im wesentlichen darin, daß ein hypertropher korporativer Lobbyismus den Staat in die Rolle des Vermittlers zwischen verschiedenen Einzelinteressen, d. h. in die Rolle des Umverteilers hineinzwängt. Die Vermischung administrativer und kommerzieller Funktionen der Staatsorgane führe zu einem eigentümlichen Zustand "staatlich- korporativer Wechselwirkung", wie er sich z. B. in den Pfandauktionen und dem System der "bevollmächtigten Banken" äußere. Die Überfrachtung des Staates mit Umverteilungsaufgaben, die den Staat nicht als eine über den Partikularinteressen stehende Instanz, sondern als Agenten jeweils spezieller korporativer Interessen erscheinen ließe, habe die Verkümmerng und Entstellung der übergreifenden Staatsfunktionen zur Folge (Peregudov schließt die wirtschaftlich- technologische Modernisierung und die Rüstungskonversion hierin ein). Der Autor fordert schließlich angesichts der Fragmentiertheit der rußländischen Gesellschaft den Übergang von einer "Konkurrenzdemokratie" zu einer "Konsensdemokratie" ("demokratija soglasovanija") als "politischer Technologie... führender Gruppen in politischen Systemen mit einer fragmentarischen Kultur." Der "korporativ-bürokratische" Modus der politischen Entscheidungsfindung solle in einen "korporativ-demokratischen" Modus transformiert werden; das heißt, eine informelle Abstimmung

zwischen den führenden Korporationen solle an die Stelle der wirtschaftlich ruinösen und den Staat handlungsunfähig machenden konkurrierenden Lobbyisten treten. Wie dies praktisch zu erreichen wäre, bleibt bei Peregudov allerdings ein wenig unbestimmt: "Die Hauptbedingung besteht nach meiner Vorstellung darin, daß die Konsens- Ebene auf eine bedeutend höhere Stufe erhoben wird, und daß das korporative Interesse auf eine Weise in das System integriert wird, die die Herausbildung und Realisierung eines gesamtstaatlichen Interesses fördert und nicht behindert." Diese abstrakt formulierte Hoffnung Peregudovs vom Frühjahr 1997 hat sich in der Folge wohl nicht bestätigt. Die Privatisierungsrunde des Jahres 1997 mit ihren attraktiven zu privatisierenden Objekten (etwa dem Edelmetallmonopolisten Noril'skij nikel') brachte eine Verschärfung des über administrative Kanäle geführten Konkurrenzkampfes zwischen den großen Korporationen mit sich, mithin auch eine weitere Instrumentalisierung staatlicher Organe durch die Korporationen. An dieser Konstellation hat sich im Verlauf der Finanzkrise des Jahres 1998 insofern etwas geändert, als nunmehr (vorläufig?) weniger Expansion und Ressourcenzuwachs die bestimmenden Motive für einige der großen Korporationen sind, sondern das Überleben als eigenständige Akteure. Vor allem im Bereich der Finanzwirtschaft sind die staatlich- korporativen Wechselwirkungen seit August 1998 vornehmlich von einem defensiven, auf Schadensbegrenzung bedachten Verhalten der korporativen Akteure gegenüber der innerhalb der staatlichen Machtstrukturen im Status aufgewerteten Zentralbank geprägt. Daß dies den Weg zu einer korporatistischen "Konsensdemokratie" im Peregudovschen Sinne ebnen wird, muß aber als unwahrscheinlich erachtet werden. In einem Bericht der in Paris erscheinenden Zeitung "Russkaja mysl" wird eher eine neue Welle des "Medienkrieges" zwischen den großen Finanz- Korporationen als Folge von deren "überlebenskampf" für denkbar gehalten. (25)

Ein weiterer Hinderungsgrund für die Formulierung eines allgemeinen, nicht- partikularen nationalen Interesses besteht in Rußland im Fehlen einer einigermaßen kompakten meinungsbildenden sozialen Gruppe, mithin einer gesellschaftlichen Elite im engeren Sinne. Umfangreiche Betrachtungen zu postsowjetischen gesellschaftlichen Eliten und ihrer Entwicklung in historischer Perspektive hat die Buchautorin Sonja Margolina angestellt. (26) Es kann hier nicht umfassend auf die historische, bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückführende Abhandlung eingegangen werden; zumindest ein Moment soll aber genannt werden. Die sich herausbildende Intelligencija hatte wegen der Schwäche des Bürgertums von Beginn an kein Pendant in einer sozialen Schicht, die der materielle Träger einer nationalen gesellschaftlich- kulturellen Erneuerung hätte sein können. Daraus ergab sich das ambivalente

Verhältnis zum Staat. Dieser war einerseits Garant der sozialen Sicherheit der Intelligencija, andererseits erhielt jene ihre spezifische Gruppenidentität aus einer moralischen Abgrenzung gegenüber den bürokratischen Strukturen. Diese Ambivalenz bestand auch in spätsowjetischer Zeit und darüber hinaus. Für die heutige postsowjetische Gesellschaft konstatiert Margolina eine Kontinuität sowjetischer Führungskader, die sie eigentlich als gesellschaftliche Eliten nicht bezeichnen möchte: "Die Forschung belegt eine starke Kontinuität der Führungskader auf allen Entscheidungsebenen, in Wirtschaft und Bildung. Sie zeigt indes nicht, was ihre Bezeichnung als Elite rechtfertigen könnte. Jedenfalls verfügen sie weder über besondere Fähigkeiten noch über ein spezifisches Verantwortungsgefühl gegenüber der Gesellschaft. Ihre Leistungen zeugen eher von ihren Sonderinteressen auf Kosten der Gesellschaft als von einer Orientierung am Gemeinwohl. ... Um das Mißverständnis um die selbsternannten Eliten auszuräumen, wäre es angebracht, all diejenigen, die sich dafür halten, in Establishment umzubenennen." (27) Auf der anderen Seite gebe es die "alternative Bildungselite" als "das intellektuelle, kalte, leidende Protoplasma eines passiven Widerstandes, eines Aufbewahrens des immer mehr schrumpfenden Minimums an Kultur. Das Paradoxe an der Intelligenzija-Existenz sei auf zwei sich gegenseitig ausschließende Umstände zurückzuführen: Diese Schicht definiere sich einerseits durch ihren Gegensatz zu den bürokratischen Strukturen, andererseits habe sie im Laufe dieser Distanzierung die Fähigkeit zu produktivem Handeln verloren." (nach Lev Gudkov; (28)) Man möchte hinzufügen: Sie ist in der postsowjetischen Gesellschaft auch sozial marginalisiert; ihre Angehörigen leben oft am Rande des Existenzminimums.

Nach Sonja Margolina ist "die Bildung der modernen Elite... eine Schlüsselfrage der Transformation. Denn Rußland fehlt nicht nur die demographische Vitalität der Entwicklungsländer, sondern auch die nationale und kulturelle Solidarität, wie sie die mittel- und osteuropäischen Nationalstaaten an den Tag legen." (29) Sofern eine kompakte (nicht ihrerseits fragmentierte) gesellschaftliche Elite im engeren Sinne nicht besteht, ist es die Frage, wer in einer fragmentierten Gesellschaft die Formulierung eines nationalen Interesses übernehmen könnte. Margolina schreibt: "Wenn es um den Humus für die Kultivierung der Eliten in der Heimat schlecht bestellt ist, dann bedürfte es um so mehr eines nationalen Interesses, das sich über die egoistischen Interessen der Machttakteure erheben könnte, und eines patriotischen Willens zu einem ökonomischen und kulturellen Aufbruch." (30) Wie aber soll das Konstrukt zustande kommen, wenn es eines Konstrukteurs ermangelt?

Es bleibt unter der Teilüberschrift "Das nationale Interesse" also weniger über dessen konkrete Gestalt in Rußland zu spekulieren, sondern vielmehr festzustellen, daß ein solches dort nicht existiert und nicht existieren kann, solange die genannten soziostrukturellen Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Dies erklärt nicht nur die mangelnde Konsistenz rußländischer Außenpolitik, sondern auch das Fehlen einer erkennbar von staatlicher Seite verfolgten allgemeinen Entwicklungsstrategie. Damit ist nicht gesagt, daß es nicht klar herausstellbare partikuläre Interessen und Strategien gibt, welche sich auch in entsprechenden partikularen Außenbeziehungen manifestieren. An erster Stelle wäre hier der Erdgas-Monopolist Gazprom zu nennen (siehe Abschnitt 6.)

3.) Was sind relevante Sektoren und in welchem Verhältnis stehen sie zueinander?  
Verschiedene Modelle.

Nach den theoretischen Betrachtungen zu sektoraler Fragmentierung in postsowjetischen Gesellschaften, insbesondere Rußland, soll nun der Frage nachgegangen werden, welche sektoralen Einheiten als relevante politische Akteure zu betrachten sind. Anhand der Darstellungen von fünf Autoren soll versucht werden, die verschiedenen in der Debatte befindlichen Begriffe zur Kennzeichnung von Autoren ("Komplexe", "Machtgruppen" etc.) näher zu beleuchten und auf ihre Aussagekraft zu überprüfen.

3. 1.) "Komplexe" und "Gruppierungen" (nach V. Berezovskij und V. Èervjakov sowie V. Lepechin)

Im Aufsatz von Èervjakov und Berezovskij (1) stehen drei "Komplexe" im Mittelpunkt, die als Hintergrundakteure Mitte der 90er Jahre auch in vielen Darstellungen von Massenmedien erschienen. In dieser Lesart werden politische Entscheidungsprozesse in Rußland (vor allem Prozesse der Umverteilung von Mitteln und Ressourcen) von den konkurrierenden Lobbyisten des Brennstoff- Energie- Komplexes (TEK), des militärisch- industriellen Komplexes (VPK) sowie des Agrar- Industrie- Komplexes (APK) diktiert. Jede dieser heterogenen Makro- Strukturen verfüge über eine mehr oder weniger einflußreiche lobbyistische Organisation. Der "Union der Erdöl- Industriellen" ("Sojuz

neftepromyšlennikov") als Vertreterin der Interessen des TEK entspricht - auf der Seite des VPK - die "Liga zur Unterstützung der Verteidigungsunternehmen" ("Liga sodejstvija oboronnyj predprijatijam") sowie die "Agrarunion Rußlands" (Agrarnyj sojuz Rossii") als lobbyistischer Arm des APK. Obwohl die Autoren darauf hinweisen, daß es etwa im TEK ebenso teilweise gegensätzliche Interessen zwischen den Erdgas- und Erdölunternehmen gebe, wie innerhalb des VPK eine althergebrachte Konkurrenzsituation ("an age-old vendetta" (2)) zwischen verschiedenen Unternehmen bestünde, behandeln sie in ihrer ausführlichen Betrachtung zu den konkurrierenden Lobbyisten im Staatsapparat der Jahre 1992- 1994 sowohl den TEK als auch den VPK letzten Endes als einigermaßen kompakte Gebilde mit einer hinreichenden Menge an gemeinsamen Interessen der jeweiligen kleineren Einheiten. Die Interessen des TEK (als des über den gesamten Zeitraum hinweg deutlich einflußreicheren Komplexes) lassen sich wie folgt zusammenfassen: 1.) Schutz vor Entmonopolisierung, insbesondere vor der Zergliederung der Produktionsketten (Extraktion-Verarbeitung-Transport-Vermarktung); 2.) freie Preisgestaltung durch die TEK-Betriebe; 3.) Maßnahmen zur Reduzierung der gigantischen Verschuldung nahezu aller Wirtschaftszweige bei den TEK-Betrieben (über einen längeren Zeitraum haben gegen die staatlichen Steuerforderungen verrechenbare Warenkredite des TEK hier eine Rolle gespielt); 4.) möglichst freie Exportmöglichkeiten und eine staatliche Begünstigung des Exports (indem etwa rußländische Kredite für GUS-Staaten an Lieferaufträge für rußländische Firmen gebunden werden); 5.) Lösung des Problems der Verschuldung von Produzenten in anderen GUS-Staaten beim rußländischen TEK, eventuell über die Wiederherstellung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes und monetären Systems.

Demgegenüber lassen sich einige übergreifende Interessen des VPK folgendermaßen benennen: 1.) Wiederaufstockung der dramatisch rückläufigen staatlichen Rüstungsaufträge; 2.) direkte bzw. indirekte Subventionierung (durch unmittelbare Finanzierung von Konversionsprogrammen oder die Vergabe günstiger Kredite seitens der Zentralbank ohne Zwischenschaltung von kommerziellen Banken); 3.) staatlich erzwungenes Einfrieren der Brennstoff- und Energiepreise; 4.) Verzicht auf internationale Abkommen zur Begrenzung des Rüstungshandels, so etwa auf Non-Proliferations-Verpflichtungen im Bereich hochtechnologischer Rüstungsprodukte.

Es ist zu erkennen, daß die Interessen von TEK und VPK einander zum Teil widersprechen. Neben der Frage der Placierung unmittelbarer staatlicher Investitionen ist vor allem die

Preisbildung bei den sogenannten "natürlichen Monopolisten" (d. h. vor allem den Großunternehmen des TEK) Gegenstand des Machtkampfes zwischen TEK und VPK. Eine gewisse unterschiedliche Prämissensetzung in der Gestaltung der Außenbeziehungen deutet sich ebenfalls an (tendenziell eher kooperativ seitens des TEK, tendenziell eher konfrontativ seitens des VPK). Eine genauere Darstellung verschiedener außenpolitischer Interessen, allerdings bezogen auf die beiden bedeutendsten Sektoren innerhalb des TEK (Erdgas und Erdöl) soll - gestützt auf einen Aufsatz von Jakov Pappe - in Abschnitt 5 folgen.

Während bei Èervjakov und Berezovskij "Komplexe" im Mittelpunkt der Betrachtung stehen, welche eine Vielzahl kleinerer Einheiten mit zum Teil ihrerseits widerstreitenden Interessen einschließen, so treten in der Darstellung V. Lepechins diese kleineren Einheiten als Akteure in den Vordergrund: "Some sectoral groupings are not only dynamically but are advancing into the world market as powerful transnational corporations capable in the future of competing with leading international companies." (3) Es folgt eine Aufzählung von nach Geschäftstätigkeit und Rechtsform recht verschiedenen Großunternehmen wie Gazprom (Erdgas); LUKojl, JUKOS, Sidanko (Erdöl); den regionalen Giganten der extraktiven Industrien Almazy Rossii- Sacha (Diamanten; Republik Jakutija- Sacha) und Noril'skij nikel' (Edelmetalle; Dolgan- Nenec Avtonomnyj okrug im Krasnojarskij kraj); Rosvooruzhenie (Rüstungsexport) sowie einigen Unternehmen der Luft- und Raumfahrtbranche. Fast ausschließlich handelt es sich um Wirtschaftseinheiten, die gemeinhin dem TEK zugeordnet werden; die Ausnahme stellt die Automobil- Vertriebsfirma LogoVAZ dar, die den Verkauf ausländischer Marken (Neuwagen) auf dem ruländischen Markt nahezu völlig kontrolliert und die den Kernbestandteil des späteren Berezovskij- Finanzimperiums bildet. Ihre Erwähnung Seite an Seite mit traditionellen Industrie- Giganten wie Gazprom und Almazy Rossii- Sacha belegt das Vordringen eines neuen Business- Establishments, das seine Ursprünge vor allem in den Bereichen Banken und Handel hat und das seinen Einfluß zwischen 1995 und 1998 deutlich erweitern konnte (siehe Abschnitt 4). In einem gesonderten Abschnitt weist Lepechin auch auf bankengestützte neue Interessengruppen hin; er erwähnt u. a. Menatep, Inkombank und Most, die später erhebliche Anteile in den traditionellen Industriebranchen bzw. dem Medienbereich erwarben.

Lepechin nennt neben sektoralen Interessengruppen auch eine Reihe von regionalen Gruppierungen sowie staatliche Machtstrukturen als Einflußgrößen. Er verweist auf die zunehmende direkte politische Einflußnahme primär wirtschaftlich bestimmter

Interessengruppen: "It can be said that to the category of advanced interest groups belong those which, besides solving purely economic problems, begin or have begun their expansion into the political sphere, having at their disposal sufficient resources to exert their influence."

(4) Die sektoralen, regionalen und administrativ-politischen Interessengruppen zusammenfassend (und ihre Überlappung berücksichtigend) nennt Lepechin folgende 6 Gruppierungen als die einflußreichsten (wohlgemerkt 1995): 1.) die Moskauer Gruppierung (Jurij Lužkov); 2.) die Präsidenten-Gruppierung; 3.) die Brennstoff- und Energieressourcen-Gruppierung (Viktor Èernomyrdin, Jurij Šafranik); 4.) die Zentralbank; 5.) das Staatliche Eigentumskomitee (Goskomimušèestvo; d. h. die oberste Privatisierungsbehörde); 6.) den Agrar- Industrie- Komplex (Aleksandr Zaverjucha).

Die Moskauer Gruppierung, ihrem Wesen nach eine "gemischte" Gruppierung, sei zweifellos die machtvollste. Der militärisch-industrielle Komplex (VPK) existiere nicht als monolithische Interessengruppe; Teile der Rüstungswirtschaft seien Allianzen mit jeweils einer der drei erstgenannten Gruppierungen bzw. mit anderen Strukturen eingegangen.

### 3. 2.) Der Begriff der "Eliten" nach Jakov Pappe

Für die Beantwortung der Frage, welche Interessengruppen tatsächlich jeweils gemeinsame und klar voneinander abgrenzbare Interessen dauerhaft auf politischer Ebene verfolgen, scheint insbesondere ein Aufsatz von Jakov Pappe beachtet werden zu müssen. (5) Der Autor rückt zu Beginn seiner Darstellung einen wesentlichen Aspekt der postsowjetischen sozioökonomischen Verhältnisse in den Mittelpunkt: Nicht nur Erscheinungen auf der politischen Ebene (Parteibildungen etc.) haben oft einen ephemeren Charakter. Unter den Bedingungen einer Transformationsökonomie, vor allem deren rußländischer Variante mit der die gesamte Volkswirtschaft umfassenden chronischen Zahlungsunfähigkeitskrise, sind auch momentane Eigentumstitel und Einkommensströme nicht zwangsläufig Garanten für dauerhafte ökonomische Macht. Um stabile, langfristige und klar strukturierte Einflußgrößen von vergänglichen, instabilen oder amorphen Gruppen zu unterscheiden, hat Pappe einen besonders definierten "Eliten"-Begriff eingeführt. Dieser unterscheidet sich von soziologischen Elitebegriffen, etwa dem erwähnten Elite-Konzept Sonja Margolinas. Pappe bemerkt dazu: "We are also unable to use one of the most traditional sociological criteria of reference, namely that an elite is a group of people whose values and behavioural patterns are

recognised by society as exemplary (or, even if accepted as dated and inefficient today, still engendering great respect). According to this criterion there are no elites in Russia today at all... None of today's 'top groups' have received unconditional social recognition." (6) Dennoch gebraucht Pappe den Begriff der Elite zu der erwähnten zweckmäßigen Unterscheidung. Nach seiner Definition ist eine Gruppe von Menschen dann als Elite zu bezeichnen, wenn sie die drei folgenden Bedingungen erfüllt: 1.) die Einnahme von Schlüsselpositionen in ökonomischen, politischen und sozialen Strukturen, welche über ausreichend sichere Zukunftsperspektiven verfügen; 2.) ein Bewußtsein gemeinsamer Interessen; 3.) ständige Interaktionen oder wenigstens regelmäßige Kontakte untereinander.

Demgegenüber sei eine Gruppe, der die unter 1.) und 2.) genannten Attribute eigen seien, die aber nicht über ein Mindestmaß an regelmäßigen Kontakten oder konstanter Interaktion verfüge, als "Proto- Elite" zu bezeichnen. Eine Gruppierung hingegen, der es bei Vorhandensein aller anderen Eliten- Attribute an der sicheren Zukunftsperspektive der von ihr kontrollierten Strukturen fehle, könne am besten als "power pressure group" bezeichnet werden. (7)

Bei Zugrundelegung der genannten Definitionen könne man laut Pappe in Rußland nur von 3 Elite- Gruppen, die sich auf der Grundlage der alten staatswirtschaftlichen Strukturen herausgebildet haben, sowie einer neuen privatwirtschaftlichen Banken- Elite sprechen. Die drei erstgenannten seien: 1.) die Erdgas- Elite; 2.) die Erdöl- Elite; 3.) die Luft- und Raumfahrt- Elite. Es soll hier nicht genauer auf die einzelnen Eliten eingegangen werden; für die Erdgas- und Erdölbranche wird dies in Abschnitt 6 erfolgen. An dieser Stelle soll es vor allem darum gehen, aus welchen Gründen Jakov Pappe anderen möglichen Gruppierungen den Eliten- Status nicht zuerkennt.

Der TEK:

Zwar bestehe auf föderaler Ebene mit dem Informations- und Kooperationsrat des Brennstoff- und Energie- Komplexes formal eine lobbyistische Superstruktur, die aus dem ehemaligen Brennstoff- und Energieministeriums hervorgegangen sei. Sie sei aber praktisch nicht aktiv; statt dessen führe mit dem Sojuz neftepromyšlennikov (Union der Erdölproduzenten) eine separate Struktur der Erdölwirtschaft bemerkenswerte Lobbyarbeit in der Staatsduma, während der Erdgassektor über direkte Kanäle zur Exekutive (etwa den ehemaligen Gazprom- Direktor und langjährigen Regierungschef V. Èernomyrdin) gesondert und deutlich



erfolgreicher Einfluß nehme. (Nach neuerer Experteneinschätzung hat der direkte Einfluß Gazproms auf die Regierung auch den Abgang Èernomyrdins überdauert; er wird - abgesehen von dem kurzen Kirienko- Intermezzo - als "dauerhaft" bezeichnet (8))

Der VPK:

Es bestehe schlicht kein genügend großes gemeinsames Interesse, das alle Rüstungsproduzenten zu einem tatsächlichen "Komplex" vereinen könne. Der VPK sei deshalb auch hypothetischer Natur. Dies erkläre die weitgehende Wirkungslosigkeit der Liga sodejstvija oboronnym predprijatijam. Statt dessen gebe es drei Gruppierungen der Rüstungsbranche mit grundlegend voneinander verschiedenen Interessen: 1.) Produzenten von Militär- Elektronik; 2.) Produzenten von konventioneller landgestützter Bewaffnung; 3.) Produzenten von Luft- und Raumfahrttechnik. Von allen drei genannten Gruppen verfüge nur die Luft- und Raumfahrttechnik über eine technologische und ökonomische Basis, die ihr auch unter den Bedingungen drastisch reduzierter staatlicher Rüstungsaufträge genügend sichere Zukunftsperspektiven eröffne. Nur in diesem Bereich könne man also von der Bildung einer Elite sprechen.

Gold und Diamanten:

Die Gold- und Diamantenproduzenten verfügten über eine traditionelle industrielle Basis und über einige der größten einzelnen Wirtschaftseinheiten, zudem seien die Produktionsstätten in wenigen Regionen konzentriert (Republik Jakutija- Sacha bzw. Gebiet Magadan). Dennoch sei es fragwürdig, von einer Gold- und Diamanten- Elite zu sprechen, da in sowjetischer Zeit diese Wirtschaftsbereiche unmittelbar von zentralen Spezialdiensten kontrolliert worden seien, aus deren Bevormundung sich die Gold- und Diamantenproduzenten bis Mitte der 90er Jahre nicht wirklich hätten befreien können (der Autor räumt ein, daß wegen des schlechten Informationszugangs in diesem Sektor eine eindeutige Beurteilung der Lage im Grunde nicht möglich sei). Derzeit kann wohl mit einiger Vorsicht angemerkt werden, daß zumindest im Falle des Diamantenmonopolisten Almazy Rossii- Sacha der Grad der Eigenständigkeit als Akteur seit dem Zeitpunkt der Veröffentlichung des Textes von Jakov Pappe zugenommen hat. Dies geschah einerseits in der Folge des durch den jakutischen Präsidenten Michail Nikolaev gegenüber dem Zentrum erhandelten weitgehenden Unabhängigkeit der Republik Jakutija- Sacha, innerhalb derer Almazy Rossii- Sacha die allein dominierende Korporation darstellt und alle weiter oben beschriebenen staatlichen Funktionen ausfüllt (Finanzierung des Budgets, Sicherung einer sozialen Infrastruktur etc.) (9) In diesem Sinne kann man gewiß von

der Herausbildung eines gleichermaßen sektoral wie auch regional bestimmten Akteurs sprechen. Andererseits ist die weitgehende Kontrolle durch das ehemalige Rußländische Edelmetallkomitee (Roskomdragmet) teilweise entfallen, wenn auch Preise und Quoten des Diamantenabsatzes noch durch föderale Institutionen reguliert werden. (10)

Kohle:

Die Führung der Kohlebranche stellt nach Pappes das typische Beispiel für eine "power pressure group" dar. Zwar gebe es ein lobbyistisches Zusammenwirken von Industrie-Management, Gewerkschaften bis hin zu Arbeiterräten und Streikkomitees, das von einer bewußten und organisierten Wahrnehmung gemeinsamer Interessen zeuge. Über den mit Verlust wirtschaftenden Kohleproduzenten hänge jedoch nahezu ausnahmslos das Damoklesschwert der völligen Betriebsschließung. Die Notwendigkeit der Schließung einer größeren Anzahl von Kohlegruben bedrohe die Substanz des Sektors und mache eine langfristige gemeinschaftliche Entwicklungsstrategie der Kohleproduzenten unmöglich, weshalb letztere nicht eine Elite im Sinne Jakov Pappes darstellten. Die Tatsache, daß die Protestbewegungen in den Kohle-Regionen weder im November/ Dezember 1996 noch im Mai 1998 in ein dauerhaftes Kohle- Bündnis umgewandelt werden konnten, scheint diese Einschätzung zu bestätigen. Die Bildung eines Kohle- Kartells mit dem Ziel der "Marktmonopolisierung" ist auch auf regionaler Ebene diskutiert worden, etwa von dem Greifswalder Geographen Helmut Klüter für das Gebiet Kemerovo. (11) Dies könne einhergehen mit einer verstärkten Zusammenarbeit der südwestsibirischen Regionen, also wohl der Bildung einer Art interregionalen Verbundes. Ob eine solche Entwicklung stattfinden und letzten Endes in die Herausbildung einer gleichermaßen sektoral und regional bestimmten Montan- Elite im Pappeschen Sinne münden kann, scheint ungewiß. Mit dem föderationsweit populären Gouverneur des Gebietes Kemerovo und Ex- Minister in Cernomyrdins Regierung, Aman Tuleev, stünde jedenfalls ein geeigneter politischer Protagonist zur Verfügung. Tuleev selbst hat sich dafür ausgesprochen, daß die regionale Administration direkt die Kontrolle über die Kohleindustrie übernehmen solle; außerdem forderte er sogar eine Fusion mehrerer südwestsibirischer Regionen. (12)

Der APK:

Die Zersplitterung des Agrarsektors in Tausende Produktionseinheiten bedinge die völlige Bedeutungslosigkeit jedes einzelnen Produzenten auf politischer Ebene. Deshalb sei der Agrarsektor in besonderem Maße auf die vermittelnde lobbyistische Unterstützung durch

staatliche Funktionäre angewiesen, deren persönliche Perspektiven wiederum - da sie über keine unmittelbaren Eigentumsrechte in der Landwirtschaft verfügten - ausschließlich mit ihrem Erfolg bei Wahlen und Ernennungen verbunden seien. Zudem gebe es recht verschiedene Interessen etwa von Produzenten landwirtschaftlicher Primärgüter, der verarbeitenden Industrie sowie den Produzenten von Agrartechnik, weshalb man - analog zur Rüstungsindustrie - von einem homogenen "Komplex" nicht sprechen könne. (Diese Einschätzung von Pappe findet ihre Bestätigung auch in der Reaktion des Agrarsektors auf die prinzipiell für diesen Wirtschaftsbereich sehr vorteilhafte Rubelabwertung 1998. Folgt man einer Analyse der "Nezavisimaja gazeta", so sind im Grunde seit August 1998 für die Agrarproduzenten aus makroökonomischer Sicht die Voraussetzungen zur Überwindung des Problems der "Preisscheren"- Disparität und des Drucks durch billige Importe gegeben. Das Problem bestehe jedoch in der erforderlichen "Synchronisierung des Verhaltens hunderttausender Teilnehmer am Lebensmittelmarkt". Und weiter: "Die Produzenten und - natürlich - die Händler versuchen, einen sofortigen Profit aus der Erhöhung der Preise zu ziehen, nicht aber aus einer Ausweitung der Produktion. Das ist offensichtlich kurzfristig, aber von einem einzelnen einfachen Marktteilnehmer kann man weder einen Wirtschaftspatriotismus noch eine Abschätzung strategischer Perspektiven erwarten. Überall in der Welt wird die Strategie des Marktverhaltens von freiwilligen Vereinigungen der Marktteilnehmer bestimmt, die in enger Zusammenarbeit mit entsprechenden staatlichen Organern handeln. Derzeit brauchen die einheimischen Lebensmittelproduzenten weniger finanzielle Hilfe, als vielmehr institutionelle und informationelle Unterstützung bei der Organisation des Lebensmittelmarktes." (13)

Forstwirtschaft:

Die Holzproduzenten stellten eine durchaus starke potentielle Machtgruppe dar, allerdings fehle es ihnen an einem koordinierten Zusammenwirken. In der Terminologie Pappes entspräche ihr Status also dem einer Proto- Elite mit der Möglichkeit des Hinüberwachsens in eine reale Elite.

—

Neben den genannten drei traditionellen Eliten aus dem ehemaligen Staatssektor, die ihre Positionen im wesentlichen schon in spätsowjetischer Zeit ausbauen und gegeneinander abgrenzen konnten, erwähnt Jakov Pappe am Schluß des angeführten Beitrages eine neue, bereits aus dem Privatsektor erwachsene Elite: die Banken- Elite. Im Gegensatz zu Waren-

und Wertpapierbörsen hätten die führenden Geschäftsbanken (1995) eine dauerhaft stabile Position im rußländischen Wirtschaftsleben erlangt und "apparently convinced the authorities and society of the fact that they are serious and set on a long term existence." (14) Zum Teil habe es bereits zu jener Zeit erfolgreiche Versuche direkter politischer Einflußnahme seitens der neuformierten Banken- Elite gegeben. (15) Pappe verweist darauf, daß die Führungskräfte des Bankensektors sich zum Teil aus ehemaligen Staatsfunktionären rekrutieren; so etwa ist der Präsident der Al'fa- Bank, Petr Aven, im Kabinett Egor Gaidars Minister für Außenwirtschaftsbeziehungen gewesen.

Der Autor nennt Banken wie Menatep, Inkombank, Promstrojbank, Stoliènyj (SBS), Most etc., d. h. zum großen Teil jene Finanzinstitute, unter deren Ägide sich vor allem im Verlauf der staatlichen Pfandauktionen 1995 die großen sektorenübergreifenden Wirtschafts- "Imperien " als Basis einer "Finanzoligarchie" herausbildeten (beide Begriffe nach Ol'ga Kryštanovskaja; siehe Abschnitt 4). Eine gesonderte Erwähnung findet Vladimir Gusinskij's Most- Gruppe, die bereits frühzeitig damit begonnen hatte, ein eigenes Netz von Massenmedien zu errichten. In den darauffolgenden Jahren sollte ein massives Engagement im Medienbereich seitens der neuen Finanzoligarchie dann zu einer sehr vertrauten Erscheinung werden.

Jakov Pappe hat mit dem Verweis auf die Banken- Elite den Beginn einer Entwicklung in Rußland gekennzeichnet, welche in der Folgezeit die politische und ökonomische Kräftekonfiguration sehr stark verändert und zur Herausbildung eines neuen Typus von Akteuren geführt hat (siehe Abschnitt 4).

### 3. 2. 1.) Exkurs: Zum Begriff einer "Banken- Elite" aus der Sicht von Ende 1998

Es ist an dieser Stelle unumgänglich, dem Abschnitt 5 vorzugreifen und kurz auf die seit August 1998 im Raume stehende Frage einzugehen, ob die Banken- Elite tatsächlich weiterhin als "set on a long term existence" betrachtet werden kann. Dies betrifft einerseits den Begriff "Banken- Elite" als solchen, andererseits die Auswirkung von Rubelentwertung und staatlichem Schuldenmoratorium auf die gesamte Finanzwirtschaft. Den De- Facto- Bankrott der "systembildenden" Inkombank etwa kommentierte die "Nezavisimaja gazeta" Ende Oktober 1998 folgendermaßen: "Vinogradov..." (der zurückgetretene Präsident der Inkombank; d. Verf.) "... hat ernsthaft geglaubt, daß man in Rußland nicht übereilt, sondern

mit einer langfristigen Perspektive - und vor allem: nach Regeln - arbeiten könne. Er hat praktisch alle Privatisierungsauktionen verloren, bei denen zu einem Spottpreis Eigentum verteilt wurde. Er hat naiv angenommen, daß beim heutigen Entwicklungsstand der rußländischen Wirtschaft eine Organisation nur als Bank im vollen Wortsinne arbeiten könne. Genau das hat ihn zugrunde gerichtet. In der derzeitigen rußländischen Wirtschaft kann man kein Geld erwirtschaften, indem man Unternehmen - vor allem industriellen - Kredit einräumt. Der Realsektor ist noch nicht so weit, daß er einer ihn bedienenden Bank ein stabiles Einkommen garantieren kann. ... Alle Kreditinstitute, die überlebt haben und sich nach wie vor Banken nennen, sind keine solchen. Sie können sich auch weiterhin so nennen, allerdings nur, indem sie sich am Staate oder an einem der Export- Giganten festsaugen." (16) Dieses Zitat verweist auf eine Reihe von problematischen Besonderheiten des rußländischen Bankensektors: 1.) Es gibt - bisher - nur auf niedrigem Niveau stabile Beziehungen zwischen regionalen Banken und regionalen Produzenten unter Umgehung zentralisierter Machtstrukturen. Im März 1998 waren 84,2% aller Banken- Aktiva in Moskau konzentriert. (17) Dies ist Ausdruck einer engen Verknüpfung des gesamten Kreditwesens mit dem Redistributionszentrum, welches seinerseits durch widerstreitende korporative Interessen bestimmt wird. 2.) Der Finanzsektor arbeitet zum großen Teil mit Mitteln aus dem Staatsbudget, und es realisierte einen großen Teil seines Gewinnes durch den Erwerb hochverzinslicher kurzfristiger Staatsanleihen bzw. durch die "bevollmächtigte" Verteilung staatlicher Gelder an diverse staatliche oder halbstaatliche Wirtschaftssubjekte. Der Anteil von Einlagen privater Haushalte an sämtlichen Verpflichtungen seitens der Banken (ohne die staatliche Sparkasse) machte nur knapp 10% aus (18). Dies erklärt die Anfälligkeit rußländischer Banken gegenüber makroökonomischen Verschiebungen und damit auch ihre als besonders aggressiv empfundenen Versuche der Einflußnahme auf wirtschaftspolitische Entscheidungen (bis hin zu den oft angeführten "Medienkriegen"). Die Privatisierungsauktionen bildeten hier nur den Höhepunkt. 3.) Kapitalkonzentration bei gleichzeitiger zahlenmäßiger Zersplitterung. Im März 1998 existierten in Rußland etwa 1700 Banken, was vielfach als eine zu große Zahl empfunden wurde. Die fünf größten unter ihnen vereinigten aber 38% aller Aktiva auf sich. Zu jenem Zeitpunkt wurde eine weitere Expansion jener Moskauer Großbanken "in die Regionen" prognostiziert. (19)

Die Einschätzungen zu den Perspektiven des rußländischen Bankensektors nach den Verwerfungen in der zweiten Hälfte des Jahres 1998 sind widersprüchlich. Weitgehend übereinstimmend gehen die Publikationen dazu von einer unumgänglichen weiteren

Kapitalkonzentration im Bankensektor aus (der Zentralbankchef Gerašenko erwartet das Überleben von nur ca. 200 Banken (20)), doch es scheint nicht gesichert, unter welchen Vorzeichen diese Konzentration erfolgen wird. Daß es sich um eine vom Zentrum, von den Moskauer Großbanken aus initiierte "Erschließung" der Regionen handeln wird, ist eher fraglich, da entgegen vielen Prognosen von der Finanzkrise die Moskauer "Giganten" stärker betroffen waren als viele mittlere und kleinere regionale Banken. (21) In einer Analyse der "Nezavisimaja gazeta" wird nicht ausgeschlossen, daß die Neuorganisation des Bankensektors zunehmend auf der Ebene von Branchen und Regionen stattfinden wird, womit die bis 1997 zu beobachtende "Kernfunktion" der Moskauer Großbanken bei der Herausbildung der finanz- industriellen "Imperien" von einer gegenläufigen Entwicklung abgelöst werden würde und selbst die momentan sehr dominante Rolle der föderalen Zentralbank mittelfristig infrage gestellt wäre: "Nach Meinung einiger Wirtschaftswissenschaftler wird sich das Bankensystem in Rußland bald in eine Gesamtheit einzelner Bankengruppen verwandeln, die nach territorialem, branchenbezogenem oder 'oligarchischem' Prinzip vereinigt sein werden. 'Deshalb ist es nicht ausgeschlossen,' - so glaubt der Doktor der Wirtschaftswissenschaften Oleg Ivašov - 'daß wir nach der Bankenkrise ein analoge Situation haben werden wie die USA mit ihrem Federal Reserve System, wo es keine Zentralbank als solche gibt, sondern ein System regionaler Emissionszentren, die durch entsprechende Entscheidungen miteinander verbunden sind.'" (22) Seit dem August 1998 hat es verschiedene Ansätze zur Bildung von Banken- "Pools" gegeben. Dabei sind sowohl die Fusionsbestrebungen dreier Moskauer Großbanken (Onexim, Most und Menatep) als auch der Versuch zur Etablierung eines dominanten Banken- Verbundes unter der Ägide der OAO Gazprom (mit Einschluß der sanierungsbedürftigen Inkombank) vorerst nicht realisiert worden. (23) Gleichzeitig stattfindende Versuche der Schaffung regionaler Banken- "Pools" bei mehr oder weniger starker Förderung durch die jeweiligen Gebietsadministrationen sind offenbar in Moskau am weitesten fortgeschritten; derartige Versuche gibt es aber auch in anderen Regionen (Sverdlovsker Gebiet, St. Petersburg (24)). Die Rolle des Staates bei der Neuregulierung des Bankensektors ist nach wie vor groß, realisiert einerseits über die Lenkungsfunktion der Zentralbank, andererseits durch die Übernahme einiger Funktionen der Geschäftsbanken durch die staatliche Sparkasse (Sberbank).

Auch wenn man sich nicht auf den etwas ahistorischen "idealtypischen" Banken- Begriff festlegt, der dem eingangs zitierten Kommentar in der "Nezavisimaja gazeta" zugrunde liegt, so wird man die Existenz einer eigenständigen "Banken- Elite" im Sinne von Jakov Pappe aus

der Sicht von Ende 1998 in Frage stellen können. Zum einen sind etliche Großbanken bereits sehr eng mit den traditionellen Sektoren verflochten. Im Ergebnis sind große korporative Gruppierungen (meist Holdings) entstanden, die sektoral nicht eindeutig zuzuordnen sind (z. B. Menatep und Gruppe "Rosprom"; Oneksim und Gruppe "Interros" - siehe auch Abschnitt 4). Andere Banken befinden sich in der Abhängigkeit des Erdgas- Monopolisten Gazprom (Imperial; Nationale Reservebank). Was das zitierte "Ansaugen" an den Staat betrifft, so wäre hier derzeit vor allem die von der Zentralbank bevorzugt behandelte Bank SBS- Agro zu nennen, die mit ihrer großen Präsenz in den Regionen und ihrer Bedeutung für den Agrarsektor offenbar zielgerichtet stabilisiert werden soll. Daneben gibt es die erwähnten Bestrebungen zur Einbeziehung von Banken in überwiegend regional bestimmte Machtgruppen, über deren weitere Entwicklung noch nicht viel gesagt werden kann.

### 3. 3.) "Stabilisatoren" vs. "Umverteiler" (nach Klaus Segbers)

Nach allen bisherigen Ausführungen ergibt sich das Bild einer sehr unstrukturierten politischen Landschaft Rußlands, in der eine Vielzahl von Korporationen, Macht- und Einflußgruppen um möglichst vorteilhafte Positionen im Umverteilungsprozeß ringt. Diese Kräfte haben je nach ökonomischer Basis und Koordinierungsgrad des Vorgehens jeweils verschieden große aktuelle und potentielle Macht inne. Oft ist nicht klar festzustellen, inwieweit innerhalb einer größeren angenommenen Einheit (etwa "TEK") tatsächlich ein ausreichendes Maß an gemeinsamen Interessen und Kanälen ihrer Durchsetzung besteht - oder ob nicht das größere Maß an divergierenden Interessen innerhalb der Einheit diese als nicht- dauerhaften Akteur erscheinen läßt, ob also von einem engeren Akteursbegriff ausgegangen werden muß. Die bisher angeführten Autoren setzen hier unterschiedliche Akzente. Allgemein kann vor dem Hintergrund der dargestellten Fragmentierung von einer Nachrangigkeit aller ideologischen Überbau- Phänomene bzw. aller in ideologische Sprache faßbaren "cleavage structures" ausgegangen werden.

Diesem Bild scheint die hochgradige Polarisierung in der rußländischen Gesellschaft während der Präsidentschaftswahlen des Jahres 1996 nicht zu entsprechen. In der Frage "El'cin oder Zjuganov?" zerfiel Rußland auch unter regionalen Gesichtspunkten in zwei Lager. Offensichtlich konnten sich unter den Bedingungen einer unmittelbaren machtpolitischen Auseinandersetzung sehr heterogene Interessen in jeweils einem politischen Zentrum bündeln

lassen. Klaus Segbers spricht in diesem Zusammenhang (1996) von drei politischen Hauptlagern, welche sich positional (nicht inhaltlich oder thematisch) definieren. (25) Im Mittelpunkt der Darstellung steht die Auseinandersetzung zwischen dem Lager der "Stabilisatoren" und dem der "Umverteiler" (auf das sehr zersplitterte Lager der "Fundamentalisten" soll hier nicht eingegangen werden). Segbers geht davon aus, daß Akteure im postsowjetischen Raum im wesentlichen von folgenden stabilen Interessen geleitet werden: Überleben sowie persönliche und juristische Unversehrtheit; Verfügung über Ressourcen; Nähe zu Zentren der Verteilung von Ressourcen sowie Beeinflussung der Verteilungsregeln. (26) Als Akteure erscheinen nicht nur Korporationen im engeren Sinne, sondern neben regionalen und sektoralen Interessengruppen auch staatliche und gesellschaftliche Strukturen, internationale Interessengruppen sowie sogenannte "Kadergruppen" ("Seilschaften"), die z. T. ethnisch begründet sind. Zwischen mehreren dieser verschiedenartigen Kräfte käme es zu Koalitionen, die vor allem durch eine gemeinsame grundlegende Stellung im Verteilungsprozeß bedingt seien.

Die Stabilisatoren umfassen jene Kräfte, die auf Grund ihrer günstigen Ausgangsbedingungen im Verlauf der großen Transformationen die wichtigsten ökonomischen und politischen Positionen besetzen konnten und die bei größeren politischen Kurskorrekturen am meisten zu verlieren hätten. Dazu gehört u. a. zum großen Teil die exportorientierte Wirtschaft, z. B. die Erdgas- und Erdölproduzenten, aber auch andere Bereiche der extraktiven Industrie (Gold, Diamanten). Weiterhin findet sich hier nahezu der gesamte Finanz- und Großhandelssektor. Unter den nicht primär ökonomisch bestimmten Gruppen zählen die Strukturen der politischen Exekutive (Präsidialapparat) ebenso zum "korporativen Block der Stabilisatoren", wie ein Teil der privilegierten Machtapparate sowie der Sonder- und Elite- Einheiten.

Das Lager der Umverteiler besteht nach Segbers aus jenen Kräften, die sich in die Position der Stabilisatoren wünschen, die also im Transformationsprozeß nicht die angestrebten Ziele erreichen konnten und die sich deshalb z. T. in ihrer Existenz bedroht sehen. Hierzu gehören vor allem die binnenmarktorientierten Produzenten, unter anderem nahezu der gesamte Agrarsektor einschließlich örtlicher Administrationen in ländlichen Gebieten. Auch diejenigen Regionen, die von der derzeitigen Gestaltung des Verhältnisses Zentrum- Region nicht profitieren, finden sich im Umverteiler- Block; ebenso die Beschäftigten des Staatssektors (repräsentiert durch Gewerkschaften).



Zum Teil finden sich Gruppen ein- und desselben Typus auf beiden Seiten, so etwa Ethno-Eliten, kriminelle Strukturen sowie Interessengruppen innerhalb der staatlichen Machtapparate. Ein Riß zieht sich auch durch die Rüstungswirtschaft, d. h. den hypothetischen VPK. Während die weltmarktfähigen Waffenexporteure sowie der von staatlichen Transferzahlungen profitierende Luft- und Raumfahrtsektor auf der Seite der Stabilisatoren stehen, sieht Segbers die binnenmarktorientierten Produzenten herkömmlicher Rüstungsgüter eher im Lager der Umverteiler.

Der politische Arm der Stabilisatoren bestand 1996 neben dem Präsidialapparat vor allem in der Partei NDR ("Naš dom Rossija"; "Unser Haus Rußland"), als deren Initiator der damalige Premierminister und frühere Gazprom- Direktor Viktor Ėernomyrdin in Erscheinung trat. (Obwohl diese Parteien- Neuschöpfung besonders in den Regionen heterogene Interessen bündelte, erhielt sie im alltäglichen Sprachgebrauch denn auch umgehend die ironische Bezeichnung "Naš dom Gazprom".) Die Umverteiler fanden ihre politische Repräsentation vor allem in der Kommunistischen Partei (KPRF) sowie in der Agrarpartei, deren Einfluß aber schon nach den Parlamentswahlen 1995 zurückgegangen war.

Seit dem Erscheinen von Segbers' Publikation 1996 hat es etliche Verschiebungen im ökonomischen und politischen Kräfteverhältnis Rußlands gegeben, die in mancher Hinsicht eine Neubewertung des Dualismus "Stabilisatoren"/ "Umverteiler" und der Zuordnung einzelner Akteure zu den Blöcken zulassen. Hier kann nicht im einzelnen auf jede Wendung seit den 1996er Präsidentschaftswahlen eingegangen werden. (Zu erwähnen wären: 1.) im Zusammenhang mit der Privatisierungsrunde des Jahres 1997 Frontbildung und "Medienkrieg" innerhalb des Finanzsektors, meist auf die vereinfachte Formel "Berezovskij vs. Potanin" gebracht; 2.) Ablösung von V. S. Cernomyrdin als Premierminister und Einsetzung des "Ni žnij Novgoroder Kabinetts" unter Kirienko im März 1998; 3.) zunehmende Tendenzen zur Einbeziehung ausländischer Akteure in korporative Gruppen - siehe die Versuche der Rosneft'- Privatisierung sowie den Erwerb des Gazprom-Aktienpaketes durch die Ruhrgas AG; 4.) Rubelabwertung, Schuldenmoratorium und in der Folge Bankenkrise ab August 1998; 5.) Bildung der Regierung Primakov mit dem Kommunisten und - wahrscheinlichen(?) - Rüstungslobbyisten Jurij Masljukov als stellvertretendem Regierungschef.)

Ein für die Zuordnung einzelner Akteure zum Block der Stabilisatoren bzw. dem der Umverteiler maßgebliches Kriterium könnte weiterhin und zunehmend in der Exportorientierung bestehen. Einerseits garantieren kontinuierlich eintreffende Exporterlöse eine gewisse Unabhängigkeit von Verwerfungen auf dem von allgemeiner Zahlungsunfähigkeit geprägten rußländischen Binnenmarkt. Eine stabile, langfristige Finanz- und Investitionsplanung eines Unternehmens läßt sich auf der Grundlage einer erzwungenen, zum Teil "spontanen" Barter- Wirtschaft eben nur unzureichend realisieren. Andererseits bedeutete die Rubelabwertung vom Spätsommer 1998 natürlich im Prinzip einen Bonus für Exporteure (z. B. von Rohstoffen) sowie einen Malus für Technologie- Importeure. Das Verhältnis von möglichem Weltmarktzugang zu notwendigem Technologie- Import dürfte der entscheidende ökonomische Faktor für die Positionsbestimmung der Korporationen werden. Andere Faktoren wären die Nähe zu institutionellen Machtblöcken (wie etwa die Zentralbank oder regionale Administrationen) sowie die Abhängigkeit von den "natürlichen Monopolen" (Gazprom; EES Rossii; Eisenbahn sowie für den Erdölsektor der Pipeline- Betreiber Transneft'). Vor diesem Hintergrund erscheint es möglicherweise problematisch, z. B. die Erdölproduzenten weiterhin pauschal zum Lager der Stabilisatoren zu rechnen (siehe auch Abschnitt 6. 2.)

Die größten Auseinandersetzungen nach den Präsidentschaftswahlen 1996 haben innerhalb des Lagers der Stabilisatoren stattgefunden. Die Frage, ob es in der Zukunft noch einmal zu einer umfassenden Koalition der Stabilisatoren kommen wird, erscheint offen. In jedem Fall ist auch von einer breiten Front der Stabilisatoren keine konsistente Politik zu erwarten, wie Klaus Segbers schreibt. Übereinstimmung zwischen ihnen habe immer nur bezüglich der Primärinteressen geherrscht, d. h. der Behauptung ihrer Machtposition gegenüber den Umverteilern. Außerhalb dessen habe "diese Gruppe keine allgemeinen fundamentalen politischen (inneren/ äußeren) Interessen. Die Positionen einzelner ihrer Vertreter in - aus ihrer Sicht - zweit- oder drittrangigen Fragen können durchaus auseinandergehen. ... So ist es nicht verwunderlich, dass viele Analytiker darauf hinweisen dass es keinen klar formulierten politischen und wirtschaftlichen Kurs gibt, auf dem das Land geführt würde." (27)

4.) Finanz- industrielle Gruppierungen als sektorenübergreifende neue Akteure

Die großen finanz- industriellen Gruppen etablierten sich als ernstzunehmende Akteure vor allem im Ergebnis der staatlichen Pfandauktionen des Jahres 1995; ihre Ursprünge liegen jedoch bereits in der früheren Phase der "Privatisierung des Staates durch den Staat" von 1988 bis 1993 (nach Ol'ga Kryštanovskaja (1)). In dieser Phase der "Privatisierung der ökonomischen Infrastruktur" (d. h. der Geschäftsführung in der Industrie, des Bankensystems und des Verteilungssystems (2)) entstanden auch jene nichtstaatlichen Kreditinstitute, die später den Nukleus der finanz- industriellen Imperien bilden sollten. Ol'ga Kryštanovskaja verweist ausdrücklich darauf, daß Banken wie Inkombank und Menatep nicht das Resultat einer ursprünglichen Kapitalakkumulation von "self made men" darstellten, sondern Ausdruck einer versteckten Form von Nomenklatura- Kapitalismus in Gestalt einer neuen "Bevollmächtigtenklasse" ("klass upol'nomoèennyč") seien. (3) "An der Spitze solcher Strukturen..." (gemeint sind die "neuen" Banken und Börsen) "... tauchten junge Leute auf, deren Biographien, wenn man sie studiert, in keiner Weise den Gedanken an ihre Verbindungen mit der Nomenklatura nahelegen würden. Ihre schwindelerregenden finanziellen Erfolge können jedoch nur durch eines erklärt werden: Selbst nicht zur Nomenklatura gehörend, waren sie deren Vertrauenspersonen, 'treuhänderische Agenten' ('trastovymi agentami'), mit anderen Worten - Bevollmächtigte." (4) Deshalb sei es auch falsch, mit Bezug auf diese Wirtschaftsbereiche von "ursprünglicher Kapitalakkumulation" zu sprechen, eher könne man die Periode ihrer Entstehung als eine Experimentierphase bei der Privatisierung des Staatsvermögens bzw. eine Periode der "Kräfteumgruppierung" ("peregruppirovka sil") bezeichnen. Diese Periode sei unmittelbar in die Periode der Konzentration des Kapitals (ab 1992) übergegangen, die ihren Ausdruck in der Entstehung der "finanz-industriellen Gruppen" (FPG) fand.

Gelegentlich wird auf die Rolle regionaler Komsomol- Apparate bei der Herausbildung eines neuen Establishments schon zu Ende der 80er Jahre verwiesen. Mit dem Vermögen der ehemaligen kommunistischen Jugendorganisation im Rücken sei es zur Herausbildung informeller Netzwerke von Personen gekommen, die in der Folge die neuen ökonomischen und politischen Strukturen wechselseitig durchdringen und bei unübersichtlichen formal-rechtlichen Rahmenbedingungen zum Teil unmittelbar an die Schaltstellen der Macht gelangen konnten. In einem Artikel der Pariser russischsprachigen Wochenzeitung "Russkaja mysl" wird namentlich die "Surguter Initiative" aus dem Gebiet Tjumen' erwähnt, deren ehemalige Protagonisten im Frühjahr 1998 an einflußreicher Position in diversen (selbstverständlich formal voneinander völlig unabhängigen) Korporationen, Parteien sowie

Einrichtungen der politischen Legislative und Exekutive anzutreffen waren. Der prominenteste Name in der Übersicht ist der des heutigen Rosprom- und Menatep-Präsidenten Michail Chodorkovskij. (5)

Auf den verdeckten Nomenklatura- Ursprung der "neuen" rußländischen Finanzwirtschaft ist deshalb besonders hinzuweisen, weil sie bis Mitte 1997 in der westlichen Publizistik oft als genuin "westliche", d. h. marktwirtschaftlich orientierte Business- Elite dargestellt wurde (im Gegensatz etwa zu den Giganten der extraktiven Industrien) - und somit als die generell an "Reformen" interessierte sowie grundsätzlich prowestlich ausgerichtete Kraft erschien. Ol'ga Kryštanovskaja sah dies schon Anfang 1996 deutlich anders (dazu am Ende dieses Abschnitts).

Unter den FPG hätten sich diejenigen am erfolgreichsten etabliert, deren Nukleus eine Bank bildete, welche eine Industrie- Holding ins Leben rief (im Gegensatz zum umgekehrten Fall). Diese bankenzentrierten FPG nennt Kryštanovskaja "Imperien". Vor den Pfandauktionen des Herbstes 1995 hätten bereits folgende 7 Imperien bestanden: Die Holding der Promstrojbanken (Industriebau- Banken); die Außenhandelsbank; Menatep; Oneksimbank; "Rußländischer Kredit"; Inkombank; Most. Die beiden erstgenannten waren noch in staatlichen Händen, die letzten 5 in Händen von "Bevollmächtigten". Als große Gewinner der Pfandauktionen erwiesen sich nach Kryštanovskaja die Oneksimbank und Menatep. (6)

Die neuen Imperien zeichnen sich dadurch aus, daß sich in ihren - oft miteinander verflochtenen - Strukturen Eigentumstitel verschiedenster Industrie-, Finanz- und Dienstleistungsbranchen befinden. Ihr Management ist kein für die traditionellen Sektoren typisches branchengebundenes Technokratentum mit "Stallgeruch" mehr, sondern ein flexibles, enorm expansives Finanz- Establishment. Den rituellen Bekräftigungen einer sektoralen Identität etwa bei Treffen der Vertreter des traditionellen TEK mit dem Toast: "Za nas i vas! Za neft' i gaz!" ("Auf uns und auf euch! Auf Erdöl und Erdgas!" (7)) steht z. B. eine Aussage gegenüber, mit der Boris Berezovskij laut "Forbes" sein Engagement im Ölsektor begründete: "Oil is good security for loans. Owning an oil company opens the door to acquiring other businesses." (8) In der zweiten Hälfte der 90er Jahre wurden zunehmend nicht nur besonder rentable Filetstücke aus dem ehemaligen Staatssektor in die Imperien eingegliedert; ein Teil der Übernahmen seit 1996 läßt sich nur damit erklären, daß nicht kurzfristiger kommerzieller Erfolg, sondern der Ausbau einer langfristigen strategischen

Machtposition das verfolgte Ziel ist. Deutlichstes Beispiel hierfür ist vielleicht die unter Konkurrenzbedingungen zustande gekommene Übernahme der defizitären Agroprombank durch die Stoliènyj- Bank im November 1996. (9) Der Konkurrenzkampf der großen FPG um die zu privatisierenden Objekte wurde nicht auf dem freien Markt ausgetragen, sondern auf dem Wege der Einflußnahme auf verschiedene Gruppen innerhalb der staatlichen Privatisierungsbürokratie (siehe den Bezug auf den Peregudov- Artikel in Abschnitt 2. 3.) Prägnant kommt dies zum Ausdruck in der Überschrift, die die Zeitung "Izvestija" im April 1997 über einen Bericht zur Privatisierung des Erdölsektors setzte: "Erdöl- Spiele. Ihre Regeln diktiert der Apparat" ("Neftjanye igry. Ich pravila diktuët apparat"). (10) In einem Artikel der Zeitung "Sovetskaja Rossija" vom Januar 1997 wird darauf aufmerksam gemacht, daß neben den bereits genannten Kennzeichen einer FPG für sie meist auch folgendes gilt: "... eine Finanzgruppe ist in der Regel durch eine Personalunion mit der Regierung verbunden. Das heißt, sie hat ihre Vertreter in der Regierung, oder aber im Personalbestand ihrer Führung befinden sich ehemalige hohe Regierungsbeamte." (11) Bereits Jakov Pappe erwähnte in diesem Zusammenhang den Präsidenten der Al'fa- Bank, Petr Aven, der vorher im Kabinett Egor Gaidars Minister für Außenwirtschaftsbeziehungen gewesen ist. (12) Die markantesten späteren Beispiele waren Vladimir Potanin (Präsident der Oneksimbank und 1996/ 1997 stellvertretender Regierungschef unter Èernomyrdin) sowie Boris Berezovskij (Haupteigner von LogoVAZ und Sibneft'; 1996/ 1997 stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates sowie derzeitiger Exekutivsekretär der GUS). Ein besonderer Fall ist Anatolij Èubais, den seine Karriere von der Führung der staatlichen Privatisierungsbehörde (Goskomimušèestvo) im Jahre 1996 zunächst an die Spitze der Präsidialadministration und dann auf den Posten des stellvertretenden Regierungschefs gelangen ließ, wo er 1997 bei der Abwicklung der großen Privatisierungsdeals als "Mann Potanins" galt und für den Erfolg der Oneksimbank bei den Auktionen persönlich verantwortlich gemacht wurde. Anfang 1998 wechselte Èubais von seinem Regierungsamt an die Spitze des staatlichen Strom-Monopolisten EES Rossii, woraufhin in Anlehnung an den gebräuchlichen Begriff der "Oligarchen" (siehe weiter unten) für Èubais der Ausdruck "Staatsoligarch" ("Gosoligarch") geprägt wurde.

Da sich die FPG nicht über eine Zugehörigkeit zu jeweils einem einzelnen Wirtschaftssektor definieren lassen - und da die Eigentumsverhältnisse meist recht verschachtelt und wenig überschaubar sind, werden die neuen Gebilde in der rußländischen Publizistik oft durch den Namen einer zentralen Person kenntlich gemacht. So wurden in dem genannten Artikel der

"Sovetskaja Rossija" (Januar 1997) folgende Hauptrepräsentanten einer Finanzoligarchie genannt: B. Berezovskij (LogoVAZ/ Sibneft'); V. Potanin (Oneksimbank); M. Chodorkovskij (Menatep); V. Gusinskij (Most- Gruppe); P. Aven und M. Fridman (Al'fa- Gruppe); A. Smolenskij (Stoliènyj). Diese sechs Repräsentanten kontrollierten Anfang 1996 nach Aussage von Boris Berezovskij 50% der rußländischen Wirtschaft (13); sie riefen im Januar 1996 im schweizerischen Davos ein informelles "Forum der Sechs" ins Leben, das in der Folge u. a. mit der Unterstützung des Präsidentschaftswahlkampfes von Boris El'cin befaßt war.

In der Folge hat es viele Versuche gegeben, eine umfassende Übersicht über die einflußreichsten politischen und wirtschaftlichen Akteure in Rußland zu erstellen, welche sowohl die traditionellen Industrie- Eliten als auch die neuen FPG einbezogen. Gleichermäßen gab es seitens der maßgeblichen Akteure im Lager der Stabilisatoren selbst auch verschiedene Ansätze zur Bildung übergreifender korporativer Blöcke. Je nach Einschluß- und Ausschlußkriterien sowie nach politischer und wirtschaftlicher Konjunktur ergaben sich unterschiedliche Bilder der Zusammensetzung einer herrschenden "Oligarchie" bzw. eines "Politbüros des rußländischen Wirtschaftslebens". An dieser Stelle sollen nur zwei dieser Auflistungen kurz angeführt werden, um ein wenig den Wandel sichtbar zu machen, der sich zwischen Anfang 1997 und Mitte 1998 vollzogen hatte.

Die Zeitung "Izvestija" veröffentlichte im Januar 1997 auf der Grundlage von Angaben der sozialwissenschaftlichen Agentur "Vox Populi" eine Liste der "Großen Sieben" der rußländischen Wirtschaft. (14) In diese Liste gingen - im Unterschied zu der Veröffentlichung in "Sovetskaja Rossija" - nicht nur die Vertreter der von B. Berezovskij aufgeführten FPG ein, sondern auch die Repräsentanten des übrigen Wirtschafts- Establishments, darunter die Führungskräfte der "traditionellen" Industrien. Die "Großen Sieben" waren demnach: Rem Vjachirev (Gazprom); Boris Berezovskij; Vladimir Gusinskij; Vagit Alekperov (LUKojl); Aleksandr Smolenskij; Michail Chodorkovskij; Andrej Kaz'min (Sberbank). Unmittelbar dahinter habe sich zu jenem Zeitpunkt eine "Verfolgergruppe" formiert, welche vor allem aus Vladimir Vinogradov (Inkombank), Anatolij D'jakov (EES Rossii - der Elektroenergie-Monopolist) sowie Jakov Dubeneckij (Promstrojbank) bestanden habe. Außerdem wurde Vladimir Potanin genannt, der zu jenem Zeitpunkt seinen Führungsposten in der Oneksimbank zeitweilig formal geräumt hatte, um sein Amt als stellvertretender Regierungschef antreten zu können. Unter den elf Genannten befanden sich also nur drei Vertreter der "traditionellen" Branchen (d. h. in diesem Falle der extraktiven Industrien und

der Energiewirtschaft): Vjachirev, Alekperov und D'jakov. Zwei standen für den noch in staatlichen Händen befindlichen Bereich des Bankwesens (Kaz'min und Dubeneckij). Die übrigen sechs repräsentierten die neuen finanz- industriellen Gruppierungen. Kennzeichnend für die Entwicklung von 1995 bis Mitte 1997 war offensichtlich ein Machtzuwachs dieser Gruppen. Die bereits erwähnte Übernahme der Agroprombank durch A. Smolenskij Stolienyj- Bank, welche sich im November 1996 bei der Ausschreibung gegen die von Gazprom kontrollierte Bank "Imperial" durchsetzte (15), konnte als ein Indiz dafür gewertet werden, daß die neuen FPG dabei waren, ein Übergewicht über die alten "Eliten" (nach Pappe) zu gewinnen.

Zu einigen der in dieser erstgenannten Aufstellung erwähnten Akteure ist folgendes anzufügen: Die infolge der Finanzkrise vom August 1998 zu einem Sanierungsfall gewordene Inkombank dürfte aus dem Kreis der einflußreichsten Akteure definitiv ausgeschieden sein - nicht zuletzt wegen des im Ergebnis des De- Facto- Konkurses erfolgten Rücktrittes des langjährigen Präsidenten Vladimir Vinogradov. Wie in der "Nezavisimaja gazeta" kommentiert wird: "Das Geschäftsleben in Rußland ist stark personenbezogen - man kann sich weder MOST ohne Gusinskij noch SBS- Agro ohne Smolenskij noch LUKojl ohne Alekperov vorstellen. Ohne Vinogradov wird es auch keine Inkombank geben." (16) Innerhalb des staatlichen Strom- Monopolisten EES Rossii hat es seit 1997 erhebliche Veränderungen in der Führungsspitze gegeben; mit dem Eintritt von A. Èubais in den Rat der Direktoren Anfang Mai 1998 dürfte sich eine Verbindung der ökonomischen Macht und Masse des bis dahin eher "unpolitischen" Stromkonzernes mit ambitionierten politischen Seilschaften ergeben haben. (17) Die vormals staatliche Promstrojbank (unter Jakov Dubeneckij) wiederum geriet im April 1998 unter die teilweise Kontrolle der OAO Gazprom (18), was als eine Rückeroberung von Terrain durch die "traditionellen" Eliten der extraktiven Industrien gesehen werden konnte.

Einen zwischenzeitlichen Höhepunkt erfuhren die staatlich- korporativen Beziehungen Mai/ Juni 1998 mit den dreiseitigen Treffen des Präsidenten mit Regierungsvertretern und Führungskräften der einflußreichsten Korporationen. Laut "Sovetskaja Rossija" war die Institutionalisierung dieser Gesprächsrunden in Form eines "Rates für ökonomische Wechselwirkung" ("Sovet ekonomičeskogo vzaimodejstvija") vorgesehen, mithin einer Art korporativer "Parallelregierung", in die sowohl die Regierung als auch die führenden Korporationen jeweils zehn Vertreter entsenden sollten. (19) Die Zeitung "Izvestija"

gebrauchte in diesem Zusammenhang die Bezeichnung "Politbüro des rußländischen Geschäftslebens" (20), das folgende Mitglieder umfaßt habe: Michail Fridman (Alfa-Gruppe); Vladimir Potanin (Interros/ Onexsimbank); Aleksandr Smolenskij (SBS- Agro); Rem Vjachirev (Gazprom); Anatolij Èubais (EES Rossii); Vagit Alekperov (LUKojl); Vladimir Bogdanov (Surgutneftegaz); Vladimir Gusinskij (Most); Michail Chodorkovskij (Rosprom/ JUKOS); Vitalij Malkin (Rußländischer Kredit). Anfangs demonstrativ nicht in das "Politbüro" einbezogen, aber ohne Zweifel als einer der auch weiterhin einflußreichsten "Oligarchen" zu nennen wäre zusätzlich Boris Berezovskij (LogoVAZ/ Sibneft). Vernachlässigt man den letztgenannten nicht, so ergibt sich folgende Zusammenstellung der "Großen Elf" Mitte 1998: Sieben Vertreter der neuen, überwiegend bankenzentrierten FPG (bzw. "Imperien"); drei Repräsentanten der traditionellen extraktiven Industrien sowie der "Staatsoligarch" Cubais. Jedoch hätte auch jenes korporatistische 1998er "Politbüro" - selbst im Falle seiner dauerhaften Etablierung - kaum eine zielgerichtete Verfolgung einer einheitlichen wirtschaftspolitischen Strategie bewirken können. Der von Klaus Segbers 1996 angebrachte Verweis auf die sehr heterogenen Interessen innerhalb des "korporativen Blockes der Stabilisatoren" findet z. T. fast wörtlich seine Entsprechung in einem Kommentar der "Izvestija" vom 09. 06. 1998: "... die neue Allianz sieht ihre Aufgabe vorerst in einer eigens gearteten fachlichen Unterstützung der Regierungsarbeit mit dem Ziel, die Situation zu stabilisieren. Es wird wahrscheinlich schwierig sein, weitergehende Ziele zu formulieren - wenn man den amorphen Charakter der 'Großen Zehn' (ohne Berezovskij, d. Verf.) berücksichtigt, ihre unterschiedlichen ökonomischen Interessen sowie die zwischen den Teilnehmern fortbestehenden persönlichen Konflikte." (21)

Gesondert soll hier noch kurz auf das sogenannte "Berezovskij- Imperium" (22) eingegangen werden. Dieses ist insofern untypisch für die neuen FPG, als hier im Ausgangspunkt der Expansion nicht eine Bank, sondern mit LogoVAZ ein Automobil- Großhandelsunternehmen stand. Ansonsten aber vereinigt diese FPG in sich einige Charakteristika solcher Art Machtgruppen in besonders prägnanter Weise: Nähe zur politischen Führung, Diversifizierung der wirtschaftlichen Aktivitäten, starkes Engagement im Bereich der Massenmedien. Häufig beziehen sich Verweise auf den kriminellen Aspekt der Machtausweitung des neuen Finanz- Establishments ausdrücklich auf die Person Boris Berezovskijs. Das amerikanische Wirtschaftsmagazin "Forbes" sah in ihm Ende 1996 - wenn auch mit einem Fragezeichen versehen - den "Patron des Kreml" ("Is Boris Berezovsky the godfather of Russia's godfathers? It sure looks that way."). (23) "Forbes" brachte Berezovskij



mit einer Reihe krimineller Aktivitäten in Verbindung (vom Anlagebetrug bis hin zum Auftragsmord). (24) Die Ernennung des Geschäftsmannes zum stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrates wurde von dem amerikanischen Magazin wie folgt kommentiert: "The fox now guards the chicken." (25) Das Magazin verwies aber auch darauf, daß die Zusammenarbeit mit dem organisierten Verbrechen für das neue rußländische Wirtschafts- Establishment insgesamt gang und gäbe ist. (26)

Aufschlußreich für das Verständnis des eigentümlichen Geschäftsethos des früheren Mathematikers Boris Berezovskij, das vielleicht in gewisser Hinsicht als repräsentativ für etliche personale Akteure an der Spitze der "Imperien" angesehen werden kann, ist ein Auszug aus einem Interview, das der LogoVAZ- und Sibneft'- Eigner der Zeitung "Obščaja gazeta" Ende 1998 gab. Der Abschnitt soll im folgenden unkommentiert zitiert werden: "Ich habe schon oft erzählt, wie einmal Andrej Dmitrievič Sacharov gefragt wurde: 'Worin besteht der Sinn des Lebens?' Sie kennen das nicht? Er hat geantwortet: 'Der Sinn des Lebens ist die Expansion.' Das ist ein supergenialer Gedanke. Beginnen wir mit dem Geschlechtstrieb, der zur biologischen Expansion führt. Der nächste Punkt - das ist die ideologische Expansion. Wenn ich meinen Standpunkt, meine Werte bekräftigen will. All das sind Erscheinungen der äußeren Expansion. Es gibt aber auch Erscheinungen der inneren Expansion - das Leben im Einverständnis mit sich selbst, mit Gott und so weiter. Und da habe ich lange darüber nachgedacht: Was ist denn das - Expansion? Die Mehrheit assoziiert sie mit Aggression, mit Erweiterung seiner selbst und Verdrängung anderer. Aber dann habe ich verstanden, daß Expansion die Vergrößerung der Ordnung in der Welt bedeutet. Wie man in der Physik sagt: die Verringerung der Entropie. Die Vergrößerung der Ordnung in der äußeren Welt durch Vergrößerung der Ordnung im Innenleben." (27)

Bereits erwähnt wurde die Tatsache, daß insbesondere die "neuen" FPG, aber auch traditionelle Machtgruppen wie beispielsweise LUKoil und - etwas verspätet, aber dafür um so vehementer - Gazprom seit Mitte der 90er Jahre erhebliche Investitionen im Bereich der Massenmedien (sowohl der elektronischen als auch der Printmedien) getätigt haben. In der Regel wurden Anteile an bereits vorher existierenden Medienunternehmen erworben; Neugründungen sind eher die Ausnahme. Ziel dieser Aktivitäten ist offenbar nicht der unmittelbare kommerzielle Erfolg (speziell die großen Tageszeitungen sind vom rein ökonomischen Standpunkt aus überwiegend defizitäre Unternehmungen). (28) Vielmehr geht es um Einflußnahme auf das politische Meinungsklima, mithin um die langfristige

Absicherung strategischer Machtpositionen in der russländischen Gesellschaft. Etliche der bedeutenden Printmedien werden durch große Korporationen kontrolliert: "Izvestija" (LUKoil, Onexsimbank); "Nezavisimaja gazeta" und "Novye izvestija" (Berezovskij), "Segodnja" und das Magazin "Itogi" (Most- Gruppe, d. h. Gusinskij); "Trud" (Gazprom). Auch der Fernseh- und Hörfunk befindet sich zu großen Teilen in den Händen derartiger Machtgruppen, so etwa die beiden einflußreichsten Fernsehanstalten NTV (Most, Gazprom) und ORT (Berezovskij) sowie der Radiosender "Echo Moskvy" (Most). (29)

Die Möglichkeit der Einflußnahme über Massenmedien wurde von den (sämtlich der Gruppe der "Stabilisatoren" zugehörigen Machtgruppen) vor allem im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 1996 zugunsten von Boris El'cin konzentriert genutzt. Seither jedoch dominiert die Instrumentalisierung der Medien durch ihre Eigentümer gegeneinander. Den Anfang machte hierbei die Anti- Berezovskij- Kampagne in der "Izvestija" Ende 1996. (30) Einen zwischenzeitlichen Höhepunkt erreichten die "Medienkriege" im Zuge der 1997er Privatisierungen.

Die enorme Machtkonzentration in den Händen weniger Gruppen hat dazu geführt, daß die Herrschaftsverhältnisse im heutigen Rußland oft als "oligarchisch" sowie das politische und ökonomische Establishment als "Oligarchie" bezeichnet werden. Nach Ol'ga Kryštanovskaja können die Interessen vor allem der neuen "Finanz- Oligarchie" wie folgt gekennzeichnet werden: Erhaltung der ökonomischen Privilegien, wirtschaftliche Stabilität und Begrenzung der politischen Demokratie. Daraus resultierten die grundlegenden politischen Werte der Oligarchie: 1.) "Gosudarstvennost'" (die übliche Übersetzung "Etatismus" entbehrt der besonderen positiven Konnotationen, die im Russischen mit dem Staatsbegriff verbunden sind). Der hohe Grad an Kapitalkonzentration ließe sich am besten unter den Bedingungen einer starken Zentralmacht aufrechterhalten. 2.) Patriotismus. Eine "patriotische Orientierung" liefere die Grundlage für protektionistische Maßnahmen, etwa um ausländische Banken vom russländischen Markt fernzuhalten. 3.) Innerer Frieden und Ausgleich. Darin eingeschlossen sei die Erhöhung des durchschnittlichen Lebensniveaus, da die Unzufriedenheit größerer Bevölkerungsschichten mit der eigenen Wirtschaftslage die Möglichkeit radikaler politischer Veränderungen beinhalte, welche die Machtpositionen der Oligarchie in Frage stellen könnten. 4.) Monopolismus. Dieser liege auch in der Tradition des Landes begründet und erkläre sich aus der Größe des russländischen Raumes, in dem nur große Wirtschaftseinheiten sich organisch entwickeln könnten. (31)

Es soll an hier dahingestellt bleiben, ob die verallgemeinernden Schlußfolgerungen von Ol'ga Kryštanovskaja tatsächlich für alle dominierenden FPG zutreffend sind. Die strategische Allianz der Imperien des Jahres 1996 ist nach der Wiederwahl El'cins zum Präsidenten jedenfalls einer massiven Konfrontation gewichen. Stabile explizit außenpolitische Interessen dieser Akteure sind momentan wohl schwer kenntlich zu machen, wenn auch z. B. Boris Berezovskijs Sibneft' stark im über Tschetschenien abgewickelten Ölgeschäft engagiert ist, was auch außenpolitische Implikationen einschließt. (32)

Bevor im letzten Abschnitt die traditionellen "Eliten" (nach Pappé) aus dem Brennstoff- und Energie- Komplex näher betrachtet werden, soll an dieser Stelle noch kurz auf Verschiebungen im Kräfteverhältnis der großen korporativen Akteure infolge der Entwicklungen des Jahres 1998 eingegangen werden.

#### 5.) Einige Betrachtungen zu den korporativen Akteuren Ende 1998

Die Ereignisse, die 1998 das Kräfteverhältnis der korporativen Gruppen am meisten einschneidend veränderten, waren die beiden Regierungswechsel zum einen (in deren Folge die meisten lobbyistischen Strukturen neu geordnet werden mußten) sowie die Bankenkrise im Ergebnis von staatlichem Schuldenmoratorium und Rubelabwertung. Im allgemeinen wurden diese Entwicklungen als Schwächung der Herrschaft einer Oligarchie gewertet; am prägnantesten brachte das auf einer Fachtagung in Berlin der Moskauer Politologe Andrej Rjabov mit seiner Aussage zum Ausdruck, nach dem 17. August 1998 gebe es in Rußland nur noch zwei Oligarchen als Akteure auf der politischen Bühne: die Zentralbank (Viktor Gerašëenko) sowie OAO Gazprom (Rem Vjachirev). (1) Diese Äußerung mag übertrieben klingen, sie verweist aber darauf, daß der Spielraum vor allem der bankenzentrierten Akteure ohne Zweifel deutlich geringer geworden ist. Betrachtet man die auf der Grundlage von Expertenbefragungen allmonatlich bzw. vierteljährlich veröffentlichten Auflistungen der "besten nationalen Lobbyisten" und der "einflußreichsten Unternehmer Rußlands" in der "Nezavisimaja gazeta" (2), so lassen sich in der zweiten Hälfte 1998 folgende Tendenzen feststellen: 1.) Die bankenzentrierten Gruppen ("Imperien") haben zum großen Teil deutlich an Einfluß verloren (SBS- Agro; Al'fa- Gruppe; Interros/ Oneksimbank; Rosprom/ JUKOS). Eine Ausnahme bilden die beiden besonders stark im Medienbereich engagierten Akteure, die

ihre Positionen weitgehend halten konnten (Berezovskij und Gusinskij). 2.) Bei einer generellen Abwärtsbewegung des Einflusses der großen sektoralen und korporativen Akteure (was neben den bereits erwähnten Gruppen besonders auch auf Anatolij Èubais/ EES Rossii zutrifft) gelang es den bedeutendsten Rohstoffexporteuren (Gazprom und LUKojl), den eigenen Einfluß zu stabilisieren. 3.) Einem überwiegenden Einflußverlust der mehr oder weniger zentralistisch verfaßten Korporationen steht ein Einflußzuwachs seitens der regionalen Akteure gegenüber, insbesondere der Führer größerer, supraregionaler Assoziationen. (3)

Diese auf den Einschätzungen eines mehr oder weniger festen Expertenstabes basierenden "Ratings" mögen den Charakter von Momentaufnahmen tragen. Dennoch scheint es nicht ausgeschlossen, daß die eine oder andere Tendenz sich zu einer dominanten Entwicklungslinie verfestigen wird. In besonderem Maße könnte dies auf den drittgenannten Faktor zutreffen: Die Schwächung der nicht nach territorialen Prinzipien verfaßten "Oligarchie" bei gleichzeitig weiterdauernder Selbstblockade der formalen staatlichen Machtstrukturen kann - fast zwangsläufig - zu einer Verstärkung des regionalen Aspektes der Fragmentierung in Rußland führen. Auf die mögliche zerstörerische Konsequenz dieser zentrifugalen Dynamik wurde in einem Kommentar der "Izvestija" bereits Ende April 1998 verwiesen (wobei natürlich gesagt werden muß, daß die sehr positive Besetzung des Begriffes "Oligarchie" in dem Text sicher nicht ganz losgelöst vom Einfluß der Oneksimbank auf das Blatt gesehen werden kann): "Wenn man jedoch die finanz- industriellen Gruppierungen kritisiert - vor allem jene, die 'von unten' aufgebaut wurden und 'oligarchisch' geworden sind, so sollte man dennoch daran erinnern, daß sie ein beträchtliches Plus haben. Und zwar arbeiten sie gleichzeitig mit mehreren, wenn nicht Dutzenden verschiedener Regionen; sie 'durchdringen' diese gleichsam und vereinigen eben dadurch die verschiedenen Regionalwirtschaften zu einem einheitlichen Organismus. Mit anderen Worten, die FPG sind die Transmitter und die natürlichen Träger einer zentripetalen Ideologie. ... Heute ist ein beträchtlicher Teil des Staatsbudgets schon von anderen Subjekten 'privatisiert' worden, die in der Praxis eine zentrifugale Ideologie verwirklichen, was zur Desintegration und in der Folge zum Zerfall der Rußländischen Föderation führen wird. Zu dieser Art von Subjekten zählen die Vertreter jenes Teils der rußländischen politischen und ökonomischen Elite, der Versuche unternimmt, recht eigenartige Gebilde zu errichten, und der dies in einigen Regionen bereits realisiert hat. Diese Gebilde kann man 'Territorialunternehmen' oder 'Regionalunternehmen' nennen. Zu ihnen zählen beispielsweise Tatarstan, Baschkortostan und Jakutien. ... Davon

ausgehend kann man die heutige Situation mit der Realisierung des Staatsbudgets als einen Wettkampf um dessen teilweise Privatisierung kennzeichnen - einen Wettkampf zwischen zwei grundlegenden Gruppen von 'Spielern': den großen FPG und den 'Territorialunternehmen'... In diesem Zusammenhang erhält die Frage, wie die politische Führung die Zukunft des rußländischen Staates sieht, eine besondere Bedeutung. Aus unserer Sicht sind zwei Varianten möglich. Die erste - das wäre ein Staat, in dem dank einem Skelett aus großen transregionalen FPG wie 'Interros' die zentripetalen Tendenzen die Oberhand behalten gegenüber den durch die 'Territorialunternehmen' geschaffenen zentrifugalen Tendenzen. Die zweite Variante wäre ein Staat, der vollständig aus 'Territorialunternehmen' besteht. In diesem Falle wird das politische Zentrum (wenn es als solches überhaupt bestehen bleibt) ohne jeden Verbündeten ständig die zentrifugalen Tendenzen seitens der Regionen neutralisieren müssen. Genau dieses Szenarium wird aus unserer Sicht unter Vorschubleistung des Zentrums und begleitet von undurchdachten Ankündigungen über den Kampf gegen irgendeine 'Oligarchie' derzeit in der Praxis realisiert." (4)

6.) "Gas- Generäle" und "Öl- Barone". Sektorale Akteure und ihre außenpolitischen Interessen anhand zweier Beispiele

#### 6. 1.) Der Erdgassektor

Der rußländische monopolistische Erdgaskonzern Gazprom ist auch im internationalen Vergleich ein außergewöhnliches Gebilde. In Rußland selbst handelt es sich weniger um ein marktwirtschaftliches Unternehmen, als um eine Art privatisiertes Ministerium. Im Gegensatz zu den großen Unternehmen des Erdölsektors ist Gazprom keine Holding, sondern es war jedenfalls bis 1997 ein einziges, von oben nach unten strikt durchorganisiertes Unternehmen, das die Bereiche Erdgasförderung, Transport und Handel sämtlich in sich integriert hatte (1997 wurde bei einer strukturellen Umbildung die innerrußländische Gas-Vermarktungsgesellschaft Mežregiongaz in funktionaler Hinsicht ausgegliedert (1)). Gazprom kontrolliert 94% der rußländischen und ca. 25% der weltweiten Erdgasförderung (2); damit ist es größter Erdgasproduzent der Welt. (3) Nach Schätzungen verfügt Gazprom über etwa ein Drittel der weltweiten Erdgasreserven (4). Der Konzern verfügt allein in Rußland über ein Netz von Pipelines mit der unglaublichen Gesamtlänge von 148000 km. (5)

Die Marktkapitalisierung betrug Ende 1997 knapp 30 Milliarden \$ (6), allerdings bildeten im Jahr darauf die Gazprom- Aktien bei dem rasanten Kursverfall rußländischer Werte keine Ausnahme. Bis Mitte Dezember 1998 hielt der rußländische Staat 40% des Aktienkapitals, während der Anteil ausländischer Eigner durch Satzung der AG und seit 1997 auch durch Gesetz der Rußländischen Föderation auf 9% begrenzt war. (7) Das Gazprom- Management war und ist offenkundig an der Erschließung neuer Finanzquellen im Westen interessiert; an erster Stelle stand jedoch lange das Gebot möglichst geringer Durchsichtigkeit ("prozraènost") und möglichst keiner Verlagerung der Kontrolle über das Unternehmen nach außen. Auf Grund der anhaltenden Zahlungskrise im Inland sahen sich der Konzern und der rußländische Staat Ende 1998 jedoch gezwungen, den maximalen Anteil ausländischen Kapitals an Gazprom auf 14% zu erhöhen. Grundlage dieser Entscheidung ist ein entsprechender Präsidentenerlaß (8). Noch im Dezember 1998 wurden 2,5% der Gazprom-Anteile vom rußländischen Staat für mehr als eine Milliarde DM an die Essener Ruhrgas AG veräußert. Diese Maßnahme hatte teilweise gewiß den Charakter einer Ad- hoc- Maßnahme zur Stabilisierung des Staatshaushaltes. Darüber hinaus kann der Deal aus der Sicht von Gazprom aber auch als strategischer Schritt zur Sicherung der innerrußländischen Machtposition gewertet werden: Eine Vertiefung des Bündnisses mit einem der stärksten ausländischen Akteure (laut "Die Welt" finanziert die Ruhrgas AG als weltweit größter Erdgasimporteur allein ca. 4% des rußländischen Staatsbudgets (9)) dürfte eventuellen Absichten, entsprechend den Forderungen des IWF eine Zergliederung des Erdgasmonopolisten Gazprom nach regionalen Gesichtspunkten vorzunehmen, einen Riegel vorschieben.

Gazprom stellt in Rußland einen "Staat im Staate" und außerdem einen "global player" ersten Ranges dar. Der Konzern erwirtschaftete 1995 etwa 8% des rußländischen BIP und 15% der Exporteinnahmen. (10) Nahezu die gesamte produzierende Wirtschaft Rußlands (und etlicher GUS-Staaten) ist bei Gazprom hochgradig verschuldet. Die Binnen- Gesamtschuld bei dem Erdgasmonopolisten betrug Ende 1996 fünfzig Billionen (noch nicht denominierter) Rubel, "eine astronomische Summe, die mit nichts, nur mit dem rußländischen Staatsbudget selbst verglichen werden kann." (11) Insgesamt 61 der 89 rußländischen Regionen hatten zu diesem Zeitpunkt Schulden bei Gazprom. (12) Seither hat sich die Schuldensituation noch zugespitzt: 1997 wurden nur noch 26,6% der innerrußländischen Gaslieferungen tatsächlich bezahlt; die Gesamtschuld gegenüber Gazprom war Ende 1997 auf über 80 Billionen Rubel angewachsen. (13) Dieser Sachverhalt begründet zwar einerseits die Machtposition des Gaskonzerns im

Lande selbst; andererseits haben sich gerade in den letzten Jahren aus der faktischen Rolle des größten Erbringers von Subventionen - trotz der großen Exporterlöse - Liquiditätsprobleme und Schwierigkeiten beim Aufbringen der nötigen Investitionen in neue Großprojekte ergeben. Auch daraus erklärt sich die zunehmende Bereitschaft zur Kooperation mit ausländischen Akteuren.

Die OAO Gazprom ist Anteilseigner an mehreren Banken (die bedeutendsten sind "Imperial" und die Nationale Reservebank), Unternehmen der verarbeitenden Industrie sowie etlichen Dienstleistungsunternehmen. Die Charakterisierung der großen Korporationen als "systembildende" Träger der sozialen Infrastruktur und Garanten der rußländischen Staatlichkeit trifft in besonderem Maße auf Gazprom mit seinen über 300000 Beschäftigten zu, die über einen an das Unternehmen gebundenen nichtstaatlichen Rentenfonds abgesichert sind. Was die Rolle des Gaskonzerns für den Zusammenhalt des rußländischen Wirtschaftsraumes betrifft, so gehen die Einschätzungen - je nach Position der Akteure - naturgemäß auseinander. Die Zeitung "Trud" als ein Sprachrohr des Konzerns etwa weist unermüdlich darauf hin, daß Erdgas als Primärenergieträger bereits die Hälfte des rußländischen Energiebedarfes abdecke, und daß "nur dem Erdgas die Rolle eines wirtschaftlichen Katalysators zufällt, während kein anderer Energieträger mit ihm verglichen werden kann." (14) Gazprom sei "eine der bedeutendsten handlungsfähigen Strukturen in Rußland, der es in großem Maße zu danken ist, daß Rußland noch nicht in 'feudale Fürstentümer' auseinandergebrochen ist." (15) Eine denkbare "strukturelle Umformung" des Gasmonopolisten (gemeint ist die vom IWF geforderte und von der damaligen Regierung Kirienko befürwortete Zergliederung Gazproms nach regionalen Gesichtspunkten) "bereite unausweichlich den Boden für einen Separatismus der Subjekte der Rußländischen Föderation." (16)

Ganz anders liest sich das bei dem Greifswalder Wirtschaftsgeographen Helmut Klüter, der sich in der "Geographischen Rundschau" massiv für die Interessen der Kohle- Region Kemerovo einsetzt und den ehemaligen Gouverneur dieser Region, Michail Kisljuk, wie folgt zitiert: "Das Diktat des Zentrums über die Regionen setzt sich fort, eben nur in modifizierter Form. Was ist damit gemeint? Vor unseren Augen ist die Transformation des vergangenen Systems abgelaufen, in dem das 'Diktat' des Zentrums über die Regionen sich als die in der Hauptstadt konzentrierte Parteimacht, als die Macht der Ministerien und Behörden... über zentralisierte Investitionen und Ressourcenverteilung darstellte. Dieses System hat heute ein

neues Antlitz angenommen, und zwar als Staatskonzerne wie Gazprom oder große Banken- und Kommerzstrukturen, die die Finanzressourcen aus den Regionen 'absaugen' und nach mehreren Metamorphosen ihre Effekte entweder innerhalb der Moskauer Agglomeration oder im Ausland konzentrieren." (17) Und weiter unten schreibt Klüter mit Bezug auf die langjährigen guten Beziehungen des rußländischen Erdgassektors zur deutschen Ruhrgas AG und zu einigen deutschen Großbanken: "Es sind Deutschlands Banken und einer seiner Energiekonzerne, die mit ihren sektoralen Interessen das Wirtschaftsgefüge Sibiriens durcheinanderbringen, die Lebensgrundlage eines Teils seiner Bevölkerung gefährden, dabei gleichzeitig die keineswegs marktwirtschaftliche Kolonialpolitik des letzten großen sowjetischen Ministeriumskonzerns (Gazprom) stützen..." (18) Klüter meint, durch die unter Premierminister Cernomyrdin gezielt in die nördlichen Erdgas-Regionen gelenkten staatlichen und ausländischen Investitionen sei die südwestsibirische Kohle auf dem Markt für Primärenergieträger gleichsam künstlich konkurrenzunfähig gemacht worden. Auf der anderen Seite führt er jedoch auch statistische Daten an, die die kontinuierliche Zunahme des Erdgasanteils in der rußländischen Primärenergieträger-Bilanz bei gleichzeitiger Abnahme des Kohleanteils bereits seit 1950 belegen. (19)

Wie schon erwähnt, verfügt Gazprom über keine formal institutionalisierten lobbyistischen Strukturen, sondern nimmt unmittelbar über persönliche Kanäle Einfluß auf die staatlichen Machtstrukturen. Dies galt lange Zeit besonders für die Regierung, deren ehemaliger langjähriger Vorsitzender Viktor Çernomyrdin Großaktionär und früherer Direktor von Gazprom ist. Doch auch nach Çernomyrdins Abberufung blieb der Einfluß über Personalunion gewahrt: Ende Mai 1998 etwa befanden sich im Rat der Direktoren des Unternehmens drei stellvertretende Minister (für Staatsvermögen, für Brennstoff- und Energiewirtschaft sowie für Finanzen) und der Gouverneur des Autonomen Bezirkes Jamal-Nenec. (20)

Auf die umfangreichen Auslandsaktivitäten des Gaskonzerns kann hier nicht in vollem Umfang eingegangen werden. Im Anhang sind hierzu (wie auch zu Gazprom allgemein) einige Texte aufgeführt. (21) Die Wirtschaft der Mehrzahl der ehemaligen Sowjetrepubliken ist hochgradig abhängig von den Gazprom-Lieferungen. Wie die ukrainische Zeitung "Region" mit Bedauern feststellte, "hat es sich historisch und geopolitisch für die Mehrzahl der GUS-Staaten so ergeben (und die Ukraine ist hier keine Ausnahme), daß sie sich kaum aus den engen 'freundschaftlichen' Umarmungen des rußländischen Gas-'Kraken' - der RAO



Gazprom - befreien können. Einige wünschen das übrigens auch nicht. Doch unabhängig davon erstrecken sich seine gigantischen 'Fangarme' heute weit über die Grenzen der Rußländischen Föderation und der GUS hinaus." (22) Im Falle der Ukraine beruht die Abhängigkeit in gewissem Sinne auf Gegenseitigkeit; die Gazprom- Exporte in die EU- Staaten werden zum großen Teil über durch die Ukraine führende Pipelines abgewickelt. Ein starkes geschäftliches Engagement Gazproms besteht auch in Transkaukasien, der Türkei sowie praktisch allen ostmitteleuropäischen und südosteuropäischen Staaten. Dieses Engagement ist von einem forcierten Ausbau des Pipeline- Netzes begleitet.

Gegenwärtig liefert Gazprom etwa 30% des in der EU verbrauchten Erdgases. (23) Die Beziehungen zu europäischen Partnern reichen bis zum "Erdgas- Röhren- Geschäft" in den 70er Jahren zurück. Im Zusammenhang mit der geplanten Anbindung der europäischen Verbraucher an die gewaltigen Erdgasvorkommen der jenseits des Polarkreises gelegenen Jamal- Halbinsel erscheint auch eine deutliche Ausweitung des Geschäftsvolumens nicht unrealistisch, wenn auch die ersten äußerst optimistischen Prognosen (etwa bzgl. einer möglichen Erhöhung des rußländischen Anteils an der europäischen Gasversorgung auf 50% (24)) angesichts der extrem hohen Erschließungskosten zunächst wohl nicht aufrechterhalten werden können. Durch die Beteiligung am Pipelinesystem "Interconnector" hat Gazprom seit 1998 auch Zugang zum britischen Erdgasmarkt. (25) Wie die italienische Zeitung "Corriere della Sera" einschätzt (zitiert nach "Izvestija"), würde das Ausbleiben der sibirischen Erdgaslieferungen in Italien bereits heute zu einer ökonomischen Katastrophe führen. (26) Und weiter schreibt "Izvestija" mit Bezug auf die italienische Quelle: "... der privatkapitalistische Westen, der sachkundig und sukzessive bei sich, in jedem einzelnen Land die Reste des Staatssektors in der Wirtschaft auf dem Wege einer rationalen und schrittweisen Privatisierung abwickelt, erhob sich wie eine Wand zur Verteidigung der monopolistischen Macht von Gazprom in Rußland - einem Relikt des Sozialismus." (27) Zwar ist es gewiß nicht "der privatkapitalistische Westen" an sich, der in der angegebenen Art als Akteur auftritt, aber einige der westeuropäischen Partner von Gazprom haben sich insbesondere während des Kirienko- Intermezzos 1998 sehr deutlich gegen eventuelle Pläne zur Zergliederung des Gaskonzerns ausgesprochen. Der Wintershall- Vorstandsvorsitzende Herbert Detharding betonte, man solle "den Russen ... für die Entmonopolisierung der Gaswirtschaft noch 10 bis 20 Jahre Zeit lassen" (28), während Ruhrgas- Vorstandsvorsitzender Friedrich Späth auf der Moskauer Energie- Messe im Juni 1998 noch deutlicher wurde: Man sei interessiert daran, in Gazprom einen stabilen, starken und

nachhaltig arbeitenden Partner zu haben. Die Anzahl der Erdgasverbraucher in Europa wachse; Rußland trage Verantwortung für die Gasversorgung Europas - und die Führung Rußlands solle keine Maßnahme treffen, die zu einer Schwächung der rußländischen Erdgaswirtschaft führen werde. (29)

Die vielfältigen Beteiligungen im Medienbereich (neben der Tageszeitung "Trud" besitzt Gazprom Anteile an etlichen regionalen und überregionalen Radio- und Fernsehkanälen sowie Filmproduktionsfirmen etc.) wurden Anfang 1998 einer neugegründeten "Gazprom Media Holding" unterstellt, deren erster Vorsitzender Boris El'cins ehemaliger Wahlkampfmanager Vladimir Iljušin wurde. (30) Dieser Schritt sollte eine zielgerichtete föderationsweite und regionale Nutzung der Medien für die strategischen Ziele des Gaskonzerns bewirken - was sich im Verlaufe des Jahres 1998 dann unter anderem darin äußerte, daß die im Grunde sehr informative Zeitung "Trud" zunehmend zu einem inoffiziellen Verlautbarungsorgan von Gazprom wurde und - ganz im Stile der Berezovskij- und Gusinskij- Medien - eine massive Kampagne gegen die wenig Gazprom- freundliche Regierung Kirienko führte. (31)

Wie bereits erwähnt, stellt der Ausbau der Handelsbeziehungen mit dem "fernen" Ausland für Gazprom eine unbedingte Priorität dar, da nur so die Probleme, die sich aus der allgemeinen Zahlungskrise im Inland und in der GUS ergeben, kompensiert werden können (siehe auch Jakov Pappé (32)). Zudem ist davon auszugehen, daß auch in Westeuropa der Anteil des ökologisch recht unbedenklichen Rohstoffs Erdgas an der Bilanz der Primärenergieträger deutlich wachsen wird (der bereits zitierte Friedrich Späth von der Ruhrgas AG rechnet mit einem Anstieg von einem Fünftel auf ein Viertel des deutschen Gesamtenergieverbrauchs bis zum Jahre 2010 (33)).

Jakov Pappé formuliert ein Modell der "Idealbedingungen" für Gazprom mit besonderem Schwerpunkt auf außenpolitischen Verhältnissen, welches sich aus den verschiedenen Interessen dieser sehr geschlossenen Machtgruppe ableiten läßt. Er führt unter anderem folgende Punkte an (34):

- 1.) Ein gutes Image Rußlands im Westen ist anzustreben, da andernfalls eventuell drohende Wirtschaftssanktionen eine wesentliche Geschäftsgrundlage des Gaskonzerns beeinträchtigen könnten. Hierzu ist zu bemerken, daß - wie dargestellt - zwar gegenseitige Abhängigkeiten

bestehen, daß aber eine Verschlechterung der Beziehungen durchaus eine teilweise Umorientierung europäischer Staaten in der Energieversorgung zur Folge haben kann, wie das Beispiel der Tschechischen Republik vor dem Hintergrund des Streits um die NATO-Osterweiterung 1997 zeigte. (35)

2.) Gute und enge Beziehungen Rußlands zu den europäischen ehemaligen Sowjetrepubliken (Ukraine, Belarus und Moldova) bieten die Gewähr für den reibungslosen Betrieb der Pipelines gen Westen und eventuell auch für den teilweisen Erwerb dieser Infrastruktur durch Gazprom. Inwieweit diese guten Beziehungen auf die erneute staatliche Integration hinauslaufen, ist vergleichsweise unerheblich. (Anzumerken: Seit Mai 1998 ist Gazprom-Direktor Rem Vjachirev Mitglied des Konsultationsrates zu Fragen ausländischer Investitionen beim Präsidenten der Ukraine, Leonid Kuèma. (36)

3.) Ein entspanntes Verhältnis Rußlands zur islamischen Welt ist wünschenswert, um Gazprom bei der Beteiligung an der Erschließung und am Transport der zentralasiatischen Gasressourcen keine politischen Hindernisse in den Weg zu legen. Das könne unter Umständen zu Zielkonflikten (bzgl. Punkt 1) führen.

4.) Als "global player" ist Gazprom interessiert daran, die Abhängigkeit von ausländischer technischer Ausrüstung zu reduzieren. Geplant war eine Reduktion der importierten Technik auf ein Drittel bis zum Jahre 2000 (ausgehend von 1994). Dies setze staatliche protektionistische Maßnahmen zugunsten des inländischen Maschinenbaus voraus, selbst wenn dies eine erhöhte Steuerbelastung (auch für Gazprom als den größten Steuerzahler) bedeute. Ebenso seien größere ausländische Investitionen in den Erdgas- Regionen zu verhindern. (Anzumerken: Die Aussage des letzten Satzes hat angesichts der Finanzierungsprobleme bei der Durchführung einiger Großprojekte - etwa Jamal- Europa, aber auch im fernöstlichen Raum - aus der Sicht von Ende 1998 möglicherweise nur noch bedingte Gültigkeit. Die Notwendigkeit der Hinzuziehung ausländischer Investitionen wird wohl von Fall zu Fall jeweils gesondert betrachtet.)

Was Punkt 1 betrifft, so soll darauf hingewiesen werden, daß diese Präferenz des rußländischen Erdgassektors sich bereits in spätsowjetischer Zeit äußerte, wenn man einer Einschätzung des amerikanischen Sowjet- Experten Richard Anderson jr. aus dem Jahre 1982 folgt. (37) Laut Anderson kann die Auseinandersetzung im Politbüro der KPdSU um eine

mögliche militärische Intervention während der Polen- Krise Ende 1980 auch als die Konfrontation zwischen zwei wirtschaftlichen Einflußgruppen interpretiert werden. Während die Interessenten an dem Erdgas- Röhren- Bartergeschäft (d. h. die Vorläuferstrukturen von Gazprom) unter allen Umständen eine Verschlechterung der Beziehungen zum Westen vermeiden wollten, erhofften sich die Vertreter des Elektroenergie- Sektors bei einem Scheitern des Deals eine Investitionsumschichtung innerhalb der Energiewirtschaft zu ihren Gunsten. Erstere Gruppe habe schließlich, unterstützt durch Brežnev, den deeskalierenden Kurs gegenüber Polen durchgesetzt.

## 5. 2. Der Erdölsektor

Im Gegensatz zu dem Erdgas- Monopolisten Gazprom ist der Erdöl- Sektor nicht in einem einzigen Super- Unternehmen organisiert. Die Zersplitterung besteht sowohl in vertikaler Hinsicht (verschiedene Unternehmen, die mehr oder weniger territorial organisiert sind und jeweils Extraktion, Verarbeitung und Vermarktung umfassen), als auch teilweise in horizontaler oder funktionaler Hinsicht. David Lane und Iskander Seifulmulukov weisen in einer Studie der Universität Cambridge darauf hin, daß - entgegen der oft anzutreffenden Annahme einer monolithischen Zentralverwaltungswirtschaft in der Sowjetunion - gerade die Erdölwirtschaft schon in sowjetischer Zeit funktional geschichtet organisiert war: Extraktion, Verarbeitung, Distribution und Export waren jeweils verschiedenen Ministerien unterstellt. (38) Ein Überbleibsel dieser funktionalen Zergliederung ist der monopolistische Pipelinebetreiber Transneft' (siehe weiter unten).

Dennoch kann man nach Jakov Pappe von dem Bestehen einer "Erdöl- Elite" in Rußland sprechen, da die Repräsentanten der großen Erdölgesellschaften über eine Reihe klar erkannter gemeinsamer Interessen und mit dem Sojuz neftepromyšlennikov auch über eine entsprechend einflußreiche lobbyistische Organisation verfügten. Die strukturelle Verschiedenheit von Öl- und Gassektor kennzeichnet Pappe durch die metaphorische Unterscheidung zwischen "Öl-Baronen" und "Gas- Generalen". (39) Das heißt, der quasi-militärischen Organisiertheit von Gazprom steht auf der Seite der Ölindustriellen ein eher ständisches Bewußtsein gegenüber, das - bei Interessenübereinstimmung bzgl. einer Reihe von politischen und makroökonomischen Kernfragen - Raum läßt für Konkurrenz innerhalb des Sektors.

Im Jahre 1994 wurden Förderung, Transport und Verarbeitung von Erdöl in Rußland durch 10 Holdings kontrolliert, von denen durch Pappé neben dem staatlichen Rosneft' folgende 3 bereits 1991 gegründete Unternehmen hervorgehoben werden: LUKoil (14% der Fördermenge 1993), Surgutneftegaz (11%) und JUKOS (9%). Vier der weiteren Erdöl-Holdings (u.a. Sidanko) waren erst 1994 gegründet worden. (40)

Lane und Seifulmulukov sprechen 1997 von den vertikal integrierten Erdölgesellschaften - "formed 'from the top' (i. e. by governmental decree)" - als dem "Rückgrat" der rußländischen Ölindustrie. Diese Gesellschaften, die sowohl die Bereiche Extraktion, Verarbeitung und Vermarktung umfassen, sind: LUKoil, JUKOS, Surgutneftegaz, Sidanko, Slavneft', Rosneft', Sibneft' Tjumenskaja neftjanaja kompanija, Vostoènaja neftjanaja kompanija, ONAKO, Komitek und Tatneft'. (41)

Zu erwähnen ist das starke Engagement der neuen finanz- industriellen Gruppierungen in diesem Sektor (siehe die Übernahme von JUKOS durch die Menatep- Gruppe und die daraus hervorgehende FPG "Rosprom" (1995)).

Der allgemeine Produktionsrückgang in Rußland während der 90er Jahre ist am Erdölsektor nicht spurlos vorübergegangen - im Gegensatz zum Erdgassektor, der seine Produktion zunächst noch steigern und dann stabilisieren konnte. (42) Diese Tatsache sowie die Zersplitterung des Erdölsektors erklären seine relative Schwäche, verglichen mit der in Gestalt von Gazprom monopolisierten Erdgasbranche. Der Verfall des Weltmarktpreises für Erdöl hat darüber hinaus die rußländische Erdölwirtschaft überdurchschnittlich schwer belastet, da speziell eine Reihe der westsibirischen Förderorte ohnehin nur einen Ertrag abwarf, der knapp über den Selbstkosten lag. Im Gegensatz zu anderen großen Erdölproduzenten, die unter günstigeren geographischen und klimatischen Bedingungen arbeiten, stellte sich in Rußland als Folge des Preisverfalls vielerorts die Frage der weiteren Rentabilität der Förderung. (43) In der Folge begann 1998 die korporative Einflußnahme der Erdölproduzenten auf die staatlichen Organe Züge jener Kampagnen anzunehmen, die sonst etwa für den im Lager der "Umverteiler" verorteten Kohlesektor charakteristisch waren: Die Formierung einer geschlossenen Front aus Industriellen und Gewerkschaften, die ihre Forderungen ohne Zwischenschaltung irgendwelcher intermediärer Organisationen direkt an das Reproduktionszentrum richtete (44). Wie im Mai 1998 auf einem Plenum der Erdöl-

Gewerkschaften formuliert wurde (es geht hier vor allem um die Verminderung der Steuerbelastung): "... in vollem Umfang liegt die Verantwortung für eine derartige Entwicklung, für das Fehlen funktionierender Maßnahmen zur Überwindung der Krise, von der die Erdölbranche betroffen ist, bei der Regierung und beim Präsidenten der Rußländischen Föderation als Garanten der Durchsetzung der verfassungsmäßigen Menschenrechte." (45) Ausdruck der Schwächung des Erdölsektors waren die drei vergeblichen Versuche der verschiedenen Regierungen 1998, den staatseigenen Konzern Rosneft' zu privatisieren (man denke hier zum Vergleich an die Schlammschlachten um die 1997er Privatisierungen von Svjazinvest und Noril'skij nikel') sowie das Scheitern der mit viel Aufwand angekündigten Fusion von JUKOS und Sibneft' zu dem im Falle eines Zustandekommens größten rußländischen Erdölkonzern JUKSI.

Wenn auch die Erdölwirtschaft im Ganzen bzw. der "Stand" der "Öl- Barone" an Boden verloren haben mag, so gehören doch einige der großen Erdölunternehmen nach wie vor zu den maßgeblichen Akteuren in Rußland. Am meisten dürfte dies auf LUKojl zutreffen (nach Lane und Seifulmulukov "clearly the jewel in Russia's oil crown" (46)), dessen Präsident Vagit Alekperov (im Gegensatz etwa zu JUKOS- und Rosprom- Chef Chodorkovskij) auch Ende 1998 in den bereits angeführten Einfluß- Ratings der "Nezavisimaja gazeta" eine der führenden Positionen einnimmt. (47) Gegründet 1991 als eine Staatsholding (drei westsibirische Erdölfirmen lieferten die Anfangsbuchstaben L-U-K) ist LUKojl bezüglich der Erdölförderung der größte Konzern in Rußland und der viertgrößte in der Welt; die Verarbeitungskapazitäten bleiben dahinter aber deutlich zurück. (48) LUKojl verfügt wie Gazprom über einen eigenen Pensionsfonds, daneben über einen der größten rußländischen Investmentfonds, Anteile an der Bank "Imperial" (zusammen mit Gazprom) sowie den Massenmedien. Mitte 1996 hielt der Staat noch 33% der Anteile an LUKojl; 31% hielt LUKojl selbst, während über 20% sich in ausländischer Hand befanden (davon allein 7,99% bei der amerikanischen ARCO, mit der auch ein Joint Venture betrieben wird). (49)

Wegen der hohen Produktionskosten in Rußland selbst sind die großen rußländischen Ölkonzerne daran interessiert, an Projekten im Ausland beteiligt zu sein, wo "jeder investierte Dollar mit großem Profit umläuft." (50) Auch hier ist LUKojl führend. Der Konzern ist dabei, ein eigenes Tankstellennetz nicht nur in etlichen GUS- Staaten, sondern auch in den USA aufzubauen. (51) Darüber hinaus ist LUKojl an verschiedenen internationalen Konsortien zur Erschließung der kaspischen Ölressourcen ebenso beteiligt wie an Explorationsarbeiten in

mehreren nordafrikanischen Staaten. Mit dem Irak besteht (zusammen mit Rosneft und Zarubežneft) ein auf über 10 Milliarden \$ dotierter Kontrakt über die Erschließung von Ölfeldern in der "Periode nach den Sanktionen" (52). Deshalb ist LUKOJL in erheblichem Maße an einer Entspannung der Lage um den Persischen Golf interessiert.

Nach einer Prognose aus dem Jahre 1996 soll im Jahre 2005 bereits knapp ein Drittel des Erdöls von LUKOJL im Ausland gefördert werden. Wie Lane und Seifulmulukov 1997 einschätzten: "While LUKOJL at present is not in the same global league as the leading Western oil international companies, it clearly aspires to a similar scale." (53)

Gesondert zu erwähnen ist der mehrheitlich staatliche Betreiber des Pipeline-Netzes Transneft' als ein funktionaler Monopolist, bei dem ein Großteil der Erdölkonzerne verschuldet sind. Drei Viertel seines Aktienkapitals sind in staatlicher Hand, das übrige Viertel verteilt sich auf die Beschäftigten der Transneft'-Tochterunternehmen. (54) Gegen eine Zergliederung von Transneft' sind ähnliche Argumente wie gegen die von Gazprom angeführt worden: Ein auf verschiedene Erdölgesellschaften verteiltes Pipeline-Netz sei als solches nicht mehr funktionsfähig. In jedem Falle würden sich die Tarife erhöhen; und voraussichtlich könnten auch die Investitionen für die Instandhaltung des weiträumigen Netzes nicht mehr gewährleistet werden. (55) Ein weiterer Grund dürfte darin bestehen, daß über Transneft' der Staat eine einzigartige Möglichkeit hat, die Erdölkonzerne zu fiskalischer Disziplin zu zwingen: Im Falle einer zu großen Steuerschuld kann mit dem Ausschluß vom weiteren Zugang zum Transportnetz gedroht werden, was gelegentlich auch schon geschehen ist. (56) Nicht zuletzt deshalb ist das Steueraufkommen der Erdölbranche wohl auch mit das höchste.

Analog zu seinem Modell der Idealbedingungen für den Erdgassektor hat Jakov Pappe ein solches Modell auch für den Erdölsektor erstellt. (57) Folgende Präferenzen der Erdöl-Elite seien zu erkennen:

1.) Der Erdöl-Sektor besitzt nicht in dem Maße wie der Erdgas-Sektor das Potential eines "global player" und die Mittel, eine eigene Zulieferindustrie in Rußland aufzubauen. Wegen der daraus resultierenden Importabhängigkeit ist der Erdölsektor an einer Freihandelspolitik interessiert, zumal er - ebenfalls im Unterschied zu Gazprom - nicht in der Lage ist, zusätzliche Steuerlasten zur Finanzierung eines Protektionismus zu tragen.

2.) Normale kooperative Beziehungen zu denjenigen früheren Sowjetrepubliken sind wünschenswert, durch die entweder Erdölpipelines verlaufen, oder die über Seehäfen verfügen, welche für die Abwicklung des Erdölexportes geeignet sind. Verglichen mit den Prioritäten Gazproms ist diese Gestaltung guter Beziehungen innerhalb des "Nahen Auslandes" für den Erdölsektor aber von geringerem Stellenwert, da die Mittel fehlen, in jenen Staaten in größerem Maße die Öl-Infrastruktur zu erwerben.

3.) Der einzige Raum, in den hinein eine nachhaltige ökonomische Expansion des rußländischen Erdölsektors möglich scheint, besteht in den zentral- und vorderasiatischen islamischen Staaten, darunter ehemalige Sowjetrepubliken wie Aserbaidshan und Kasachstan, aber auch Staaten wie die Türkei und der Irak. Zu diesen Staaten sollten die größtmöglich freundlichen Beziehungen aufgebaut werden, unabhängig davon, wie dies - speziell im letztgenannten Falle - von der westlichen Welt beurteilt werde. Der Persische Golf gehöre - abgesehen von dem durch das internationale Embargo geschwächten Irak - jedoch nicht zur angestrebten Einflußsphäre der rußländischen Ölindustrie. (Anzumerken: Lane und Seifulmulukov verweisen in ihrer Studie von 1997 auch auf die Bestrebungen von LUKoil, an der Erschließung von Erdölvorkommen in den nordafrikanischen Staaten zu partizipieren.)

Es ist zu erkennen, daß die jeweiligen Idealbedingungen für den Erdgas- und Erdölsektor in wesentlichen Punkten gegensätzlicher Natur sind. In außenpolitischer Hinsicht scheint Übereinstimmung darin zu bestehen, daß die Profilierung staatlicher Machtinstanzen (insbesondere des Außenministeriums) durch verbale Ausübung von Druck auf benachbarte Staaten als kontraproduktiv empfunden wird. Pappes schreibt hierzu: "... the oil producers advocate a highly respectful attitude towards the ambitions of neighbouring countries, expecting at the same time to be able to use to the maximum extent possible the technological, human and other links and contacts that have been preserved since Soviet times." (58) Hier sei besonders auf die Beteiligung von LUKoil an mehreren internationalen Konsortien zur Ausbeutung der bedeutenden Erdölressourcen im Küstenschelf Aserbaidshans verwiesen, die angesichts der andauernden rußländisch-aserbaidshanischen Kontroversen über den Status des Kaspischen Sees - dem Unternehmen den Vorwurf eingebracht haben, "geostrategische Interessen Rußlands zu verletzen." (59) Aber auch auf den Erdgassektor scheint die Einschätzung Pappes übertragbar zu sein, denkt man etwa an die bereits erwähnten Wettbewerbsnachteile, die Gazprom in Tschechien wegen der als erpresserisch empfundenen



Äußerungen des rußländischen Botschafters im Vorfeld des Beschlusses über die NATO-Osterweiterung hinzunehmen hatte. (60)

Wichtige Interessengegensätze zwischen Erdgas- und Erdölsektor bestehen - folgt man der Analyse von Pappe - in den Fragen: 1.) Protektionismus vs. Freihandel; 2.) Westorientierung vs. Südorientierung. In erstem Punkt könnten sowohl die Wirtschaftsideologie westlicher internationaler Institutionen (Weltbank, IWF) als auch die Interessen westlicher Exporteure eher mit den liberalen Präferenzen der Erdölproduzenten Rußlands in Übereinstimmung zu bringen sein. (Auch dies muß wohl aus der Sicht von Ende 1998 etwas relativiert werden, da gerade die Erdölindustrie in der Auseinandersetzung um eine Strategie zur Bewältigung des Budgetproblems eher zu denjenigen Kräften gerechnet wird, die eine inflationäre Entwicklung gegenüber einer verschärften Fiskalpolitik präferieren. (61))

Eine längerfristige prowestliche Ausrichtung der rußländischen Außenpolitik, vor allem eine Kooperation in sicherheitspolitischen Fragen dürfte jedoch in besonderem Maße im Interesse des Erdgassektors (sprich: Gazprom) liegen.

## 7.) Schluß

Ein zentrales Thema dieser Arbeit war die Fragmentierung der rußländischen Gesellschaft, mithin das Fehlen bzw. die Insuffizienz intermediärer Instanzen. In gewisser Weise kann Rußland als ein Staat bezeichnet werden, der wesentliche Staatsfunktionen nicht mehr ausfüllt, der sie vielmehr an mehr oder weniger zersplitterte substaatliche Gewalten delegiert hat. Dieser Partikularismus äußert sich auf der Ebene großer, primär durch ökonomische Interessen definierter Korporationen ebenso wie auf der Ebene der Regionen sowie der konkurrierenden staatlichen Machtapparate. Nur die erstgenannte Ebene konnte in diesem Rahmen behandelt werden, weshalb eingewisser Reduktionismus der Darstellung unvermeidlich war.

Formal besteht in Rußland ein staatliches Gewaltmonopol ebenso wie eine Zuordnung von wirtschafts-, finanz- und außenpolitischen Kompetenzen an einzelne staatliche Instanzen. Wie jedoch Claudia Schmedt mit Bezug auf Klaus Segbers schreibt: "(stehen) die durch die russische Verfassung vorgegebene formale Bestimmung politischer Akteure und die realen politischen Prozesse innerhalb Rußlands zumeist in keinem Zusammenhang zueinander." (1)

Bezüglich der Außenpolitik stellt sich die Frage, welche Rolle die formal dafür vorgesehenen Instanzen wie das Außenministerium und der Nationale Sicherheitsrat tatsächlich spielen. Folgt man einer Darstellung von Klaus Segbers, so üben sie sich zu großen Teilen in der Simulation realer Entscheidungskompetenz, wobei die westlichen Partner diese Simulation aus Bequemlichkeit "in der Regel mit Dankbarkeit" akzeptieren. (2) "Wer gegen alle Realität und Evidenz an der Existenz aktionsfähiger Administrationen und aussenpolitikfähiger Staaten etwa in Osteuropa..." (gemeint ist der postsowjetische Raum; d. Verf.) "... festhält, weil diese Vorstellung vordergründig bequemer, verbreiteter und irgendwie eingängiger ist - der erinnert an einen Schachspieler, der darauf beharrt, eine Partie mit einem Gegenüber nach scheinbar verabredeten Regeln zu spielen, und dabei zu ignorieren, dass sein Partner aus einer Gruppe besteht, die an einem anderen Brett Mühle spielt. Wobei gelegentlich ein Mitglied dieser anderen Gruppe an das Schachbrett kommt, eher beiläufig einen Zug macht und wieder geht. Dieser Schlenderer, nennen wir ihn Kozyrev, Primakov oder Ivanov, existiert tatsächlich, und sein Job besteht darin, gelegentlich an das westliche Schachbrett zu kommen, einen Zug zu machen und den Eindruck zu erwecken, er akzeptiere die Regeln und verfüge über Ressourcen, Verluste notfalls auszugleichen. Der Westen hingegen erinnert an einen Partner, der treu seine Partie mit diesem Russen spielt, obwohl er von der prekären Lage seines sichtbaren Gegenüber weiss und ahnt, dass es dort Mitspieler und Regisseure gibt, die an der ganzen Partie desinteressiert sind." (3) Diese Schach-Metapher findet bezüglich der Gestaltung des wirtschaftlichen Transformationsprozesses ihre Entsprechung in einer Äußerung von Grigorij Javlinskij. Dem "Jabloko"-Vorsitzenden zufolge ähnelte die Wirtschaftspolitik des ehemaligen Gajdar-Kabinetts den Versuchen eines Schachspielers, der zwar wisse, wie die Figuren zu ziehen sind, dem jedoch jedes Verständnis für die Strategie des Schachspiels fehle. (4) Der Logik des bisher Dargestellten folgend, so könnte man sagen: Das Strategie-Defizit erklärte und erklärt sich weniger aus dem Unverständnis eines einzelnen Akteurs, sondern daraus, daß ganz verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Prioritäten und zum Teil gegensätzlichen Interessen die Figuren ziehen.

Zum Ende soll im Anschluß an die Darstellung Jakov Pappes auf die divergierenden außenpolitischen Interessen verschiedener Machtgruppen zurückgekommen werden. Offensichtlich können die Interessen derjenigen Gruppierungen am deutlichsten benannt werden, die 1.) sich schon in spätsowjetischer Zeit als eigenständige Machtzentren etablierten und über eine gewisse Erfahrung in der Benutzung staatlicher Instanzen zur Interessendurchsetzung verfügen - und die 2.) über eine ökonomische Basis verfügen, die eine

dauerhafte Weiterexistenz der Machtgruppen sicherstellt, und die deren Funktionseliten Raum für gestalterische Tätigkeit eröffnet.

Was die seit 1995 aufgestiegenen finanz- industriellen Gruppierungen als vergleichsweise neue Akteure betrifft, so kann eingeschätzt werden, daß sie in der Regel so lange keine deutlichen außenbezogenen Schwerpunktsetzungen vornehmen werden, wie die Phase der inner- rußländischen Umverteilung von Eigentumsrechten nicht weitgehend abgeschlossen ist. Eine ökonomische Expansion dieser Akteure ist vorläufig vor allem innerhalb des ehemaligen sowjetischen Wirtschaftsraumes möglich; attraktiv sind z. B. zu privatisierende Objekte in der Ukraine, in der seitens der inländischen Akteure nicht das Finanzvolumen vorhanden ist, um mit den rußländischen "Imperien" auf rein wirtschaftlicher Ebene zu konkurrieren. (5)

Es bleiben diejenigen sektoralen Gruppen, die über eine "sowjetische" Tradition und einen entsprechenden Organisationsgrad verfügen, deren ökonomische Basis jedoch unter den derzeitigen Bedingungen keine Perspektive zu haben scheint. Für sie mag gelten, was Jakov Papp unter der Überschrift "Complete Absence of Any Model for the Future" für den Kohle-Sektor formuliert. (6) Die völlige Konzeptionslosigkeit, das rein situative Reagieren in diesen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft beinhaltet - in innen- wie außenpolitischer Hinsicht - ein Moment der Unberechenbarkeit und der Gefahr. Verstärkt werden könnte dieses Moment durch eine Zunahme zentrifugaler Tendenzen in der Rußländischen Föderation.

#### Literaturangaben

Abaffy, Josef: Moskaus Drohung kam zur rechten Zeit, Handelsblatt, 21. 03. 1997

Anderson, Richard (jr.): Soviet Decision- Making and Poland, in: Problems of Communism 02/ 1982, S. 22- 36

Amirov, Anvar: Ozdorovlenie bankovskoj sistemy, Russkaja mysl' (Paris), 29. 10.- 04. 11. 1998

Aridžanov, Rustam: "Za nas i vas - za neft' i gaz", Izvestija, 28. 04. 1998

Babaeva, Svetlana: Gazprom i Promstrojbank našli drug druga, Izvestija, 29. 04. 1998

Bahro, Rudolf: Die Alternative, Berlin 1990

Baiganov, Sergej: Vmesto pomošči - udavka? Trud, 05. 05. 1998

Belych, Vadim: Delo podpol'nogo trillionera, Izvestija, 22. 10. 1996

- Berezovski, Vladimir und Chervyakov, Vladimir: Sectoral Production Capital: Military- Industrial Complex and Fuel and Energy Complex, in: Segbers, Klaus und De Spiegeleire, Stephan (Eds.): Post Soviet Puzzles, Vol. 3, Baden- Baden 1995, S.405- 458
- Buchholz, Angelika: Wildwest hinter dem Kassenschalter, Süddeutsche Zeitung, 28. 08. 1998
- Clover, Charles und Thornhill, John: Russia's Kuzbass flexes it's muscles again, The Financial Times, 04. 09. 1998
- Davydova, Milana: Oneksim rešaet svoi problemy nade žnym i ispytannym putem, Nezavisimaja gazeta, 21. 10. 1998
- Denisov, Anatolij: Političeskij panoptikum, Nezavisimaja gazeta, 15. 02. 1994
- Dokučev, Dmitrij: "Bol'saja semerka" rossijskogo biznesa nazvana poimeno, Izvestija, 05. 01. 1997
- Dokučev, Dmitrij: Bankov budet men'se, a sami oni - bol'se, Izvestija, 31. 03. 1998
- Gevorgjan, Karine: Vo èto obojdetsja kaspijskaja neft', Nezavisimaja gazeta, 04. 06. 1997
- Geyer, Dietrich: "Gesellschaft" als staatliche Veranstaltung, in: ders. (Hrsg.): Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland, Köln 1975, S. 20- 52
- Gillies, Peter: Helden des Nordens, Die Welt, 26. 11.1998
- Griškovec, Andrej: Berezovskij otkryl v Èèene vtoroj front, Kommersant- 42/ 1996
- Il'inskij, Michail: Èto Zapad bez gazovoj soski "Gazproma"?, Izvestija, 13. 11. 1996
- Ivanov, Andrej und Cypin, Vladimir: Neftjanye generaly predjavili ul'timatum pravitel'stvu, Izvestija, 06. 10. 1998
- Jastrebcov, Gennadij: Tol'ko sil'nomu Gazpromu po pleèu global'nye energetičeskie proekty, Trud, 25. 06. 1998
- Jakov, Valerij: Neftjanye igry. Ich pravila v Rossii diktuet apparat, Izvestija, 16. 04. 1997
- Javlinskij, Grigorij: Inaja reforma, Nezavisimaja gazeta, 05. 02. u. 10. 02. 1994 (Fortsetzung)
- Klüter, Helmut: Das Kusnezsk- Becken. In: Geographische Rundschau, 12/ 1997, S. 723- 729
- Kobzev, Vladimir: Prome žutoènoj finiš, Nezavisimaja gazeta, 05. 06. 1997
- Kolossov, V., Krindach, A. und Turovskii, R.: The State of the Fuel and Energy Complex and the Political Situation in Russia's Regions, in: Segbers, Klaus und De Spiegeleire, Stephan (Eds.): Post Soviet Puzzles, Vol. 3, Baden- Baden 1995, S. 479- 509
- Konrad, György und Szelenyi, Ivan: Der Weg der osteuropäischen Intelligenz zur Macht, in: diess. (Hrsg.): Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht, Frankfurt/ Main 1978, S. 133- 195
- Koškareva, Tatjana und Narzulikov, Rustam: Vladimir Vinogradov otvetil za poroki rossijskoj ekonomiki, Nezavisimaja gazeta, 28. 10. 1998
- Koškareva, Tatjana und Narzulikov, Rustam: Sergej Generalov peredaet TEK Rossii v ruki pravych radikalov, Nezavisimaja gazeta, 23. 12. 1998
- Kotljarov, Jurij: Bol'nych vygnat', roddom zakryt', Trud, 18. 12. 1996
- Kryštanovskaja, Olga: Finansovaja oligarchija v Rossii, Izvestija, 10. 01. 1996
- Kuz'mièev, Vladislav: Transneft' gosudarstvennaja i takoj dolžna ostat'sja (Interview mit dem Transneft'-Präsidenten Dmitrij Savel'ev), Nezavisimaja gazeta, 21. 10. 1998

- Kuz'mièev, Vladislav: Gazprom rešili prodat', Nezavisimaja gazeta, 03. 11. 1998
- Kuz'mièev, Vladislav: Gerašenko nazval pervye pomilovannye banki, Nezavisimaja gazeta, 06. 11. 1998
- Kuznecova, Vera: V "politbjuro" rossijskogo biznesa kooptirovany novye èleny, Izvestija, 03. 06. 1998
- Kyrbasova, T. und Semenova, L.: Komu eto vygodno?, Trud, 03. 12. 1996
- Lane, David und Seifulmulukov, Iskander: The Transition from State Socialism in Russia: The Case of LUKoil. Research papers in Management Studies 24/ 1997, Judge Institute, University of Cambridge
- Latynina, Julia: Zaèem stoliènomu banku sel'skie dolgi? Izvestija, 26. 11. 1996
- Lepekhin, Vladimir: "Interest Groups" in Present Day Russia and Their Role in the Political Process, in: Segbers, Klaus und De Spiegeleire, Stephan (Eds.): Post Soviet Puzzles, Vol. 3, Baden- Baden 1995, S. 59- 76
- Margolina, Sonja: Rußland: Die nichtzivile Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg 1994
- Margolina, Sonja: Im Sumpf der Vergangenheit, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. 06. 1997
- Mazochov, Oleg: Onaksim stanovitsja prozraènym. Komu ot etogo luèše? Izvestija, 25. 04. 1998
- Medvedev, Sergei: Post- Soviet Developments: A Regional Interpretation, in: Segbers, Klaus und De Spiegeleire, Stephan: Post- Soviet Puzzles, Vol. 2, Baden- Baden 1995, S. 5- 47
- Melle, Stefan: Zwischen Konzern und Kreml, Berliner Zeitung, 19. 03. 1998
- Narzulikov, Rustam: Rossija probralas' k beregam Velikobritanii, Nezavisimaja gazeta, 21. 10. 1998
- Neve žin, Jurij: Poka raboèie mitingujut, naèal'stvo ob-edinjaetsja, Izvestija, 26. 11. 1996 (a)
- Neve žin, Jurij: Cholodnaja vojna v "ugol'noj imperii", Izvestija, 12. 10. 1996 (b)
- Nikolov, Vjaceslav: Sammit "bol'soj desjatki", Izvestija, 09.06. 1998
- Ognivcev, Sergej: APK upuskaet svoj šanš, Nezavisimaja gazeta, 22. 12. 1998
- Osovskaja, Elena: Leonid Kuèma pozval na rabotu glavu "Gazproma", Trud, 19. 05. 1998
- Ostapèuk, Anna: Sezon ljubvi v preddverii vyborov, Moskovskie novosti, 04/ 1998
- Pappe, Yakov: Russian Economic Elites: A Group Portrait Anno 1994, in: Segbers, Klaus und De Spiegeleire, Stephan (Eds.): Post- Soviet Puzzles, Vol. 3, Baden- Baden 1995 (a), S. 39- 57
- Pappe, Yakov: Fuel and Energy Complex Elites in the Political Economy of Contemporary Russia, in: Segbers, Klaus und De Spiegeleire, Stephan (Eds.): Post- Soviet Puzzles, Vol.3, Baden- Baden 1995 (b), S. 459- 477
- Peregudov, Sergej: Korporativnye interesy i gosudarstvo, Nezavisimaja gazeta, 03. 06. 1997
- Pisarev, Aleksej: Michail Nikolaev "vzjal suvereniteta" mnogo, no v meru, Izvestija, 19. 12. 1996
- Postnova, Vera: Echo dene žno- kreditnoj katastrofy v regionach, Nezavisimaja gazeta, 22. 09. 1998
- Pribylovskij, Vladimir: Vokrug kabineta, Russkaja mysl' (Paris), 02.- 08. 04. 1998
- Quiring, Manfred: "Was gut ist für Gasprom - das ist auch gut für Rußland", Berliner Zeitung, 06. 12. 1996
- Safronèuk, Vasilij: Oligarchija, Vol'naja Kuban' (Krasnodar), 09. 01. 1997 (Nachdruck eines Artikels aus Sovetskaja Rossija, 06. 01. 1997)
- Safronèuk, Vasilij: Agonija vlasti, Sovetskaja Rossija, 23. 06. 1998

San'ko, Vladimir: Almaznyj kompleks Rossii po- pre žnemu dalek ot rynka, Nezavisimaja gazeta, 24. 07. 1997

Širjaev, Vjaëeslav: Stradanija po Šekspiru, Novye Izvestija, 11. 04. 1998

Schmedt, Claudia: Russische Außenpolitik unter Jelzin. Internationale und innerstaatliche Faktoren außenpolitischen Wandels, Frankfurt/ Main 1997

Schneider, Eberhard: Wer regiert in Moskau? In: Die politische Meinung, Mai 1997

Segbers, Klaus: Innere Blockaden außenpolitischer Handlungsfähigkeit. Zum Konsistenzproblem russischer Politik, in: Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung. Friedensbericht 1996, Zürich 1996, S. 19- 37

Turanov, Sergej: Luëšie oteëstvennye lobbisty, Nezavisimaja gazeta, 02. 10. 1998

Turanov, Sergej: Luëšie oteëstvennye lobbisty, Nezavisimaja gazeta, 28. 10. 1998

Turanov, Sergej: Samye vlijatel'nye predprinimateli Rossii, Nezavisimaja gazeta, 06. 11. 1998

Ve žnin, Vitalij und Minakov, Sergej: S "Gazpromom" naveki?, Region (Kiew), 33/ 1997

Veliënkov, Aleksandr: Gazprom ne popadaet v èuzie ruki, Rossijskaja gazeta, 04. 06. 1997

Vladimirov, Aleksandr: Transneft' priotkrylas', Nezavisimaja gazeta, 29. 09. 1998

Wittfogel, Karl August: Die Orientalische Despotie, Köln/ Berlin 1962

Wehner, Markus: Die Pressefreiheit in Rußland liegt in den Händen der Sponsoren, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. 07. 1997

Außerdem sind folgende Presseartikel ohne Autorenangabe verwendet worden:

Berliner Zeitung:

- Rußlands Machtkartelle. Die Wirtschaftsbosse hinter den Politikern, 18. 04. 1998

Forbes:

- Godfather of the Kremlin, 30. 12. 1996

Frankfurter Allgemeine Zeitung:

- Ruhrgas: Erdgas wird seinen Anteil erhöhen, 08.09. 1998

- Wenn Wingas feiert, bleibt der Konkurrent Ruhrgas allgegenwärtig, 17. 10. 1998

- Rußlands Gazprom sucht strategisch orientierte Aktionäre, 23. 11. 1998

- Die wirklichen Reformen stehen noch bevor, 12. 12. 1998

Märkte der Welt:

- Rußlands Bankenlandschaft verändert sich, Nr. 35/ 1998

Obšëaja gazeta:

- "Samaja nade žnaja sistema - eto ja", Interview mit Boris Berezovskij, Nr. 48/ 1998

Sovetskaja Rossija:

- Gorod rabov, 26. 12. 1996

Trud:

- Jakutskaja model' nnavitsja i v Tatarstane, 18. 12. 1996

- Gazprom - itogi i perspektivy (Rechenschaftsbericht des Direktorenrates der RAO Gazprom gegenüber den Aktionären), 26. 05. 1998

- Pod ugroznoj energetičeskaja bezopasnost strany (Offener Brief rußländischer Wissenschaftler an den Präsidenten Boris El'cin), 24. 06. 1998

- Sil'nyj Gazprom - sil'naja Rossija (Abschlußbericht der allgemeinen Aktionärsversammlung der RAO Gazprom), 11. 08. 1998

Ura'lskij raboëij:

- Persidskij zaliv ždet novyj "saddam"?, 24.02. 1998

## Anmerkungen

### Abschnitt 1.:

- 1 - Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. 12. 1998
- 2 - Schmedt, a. a. O., S. 73
- 3 - Lepekhin, a. a. O., S. 59
- 4 - Denisov, a. a. O.
- 5 - Lepekhin, a. a. O., S.62
- 6 - ebenda, S. 68 f.

### Abschnitt 2.:

- 1 - Lepekhin, a. a. O., S. 63
- 2 - ebenda, S. 65
- 3 - nach Medvedev, a. a. O., S. 9 ff. u. S. 17 ff.
- 4 - ebenda, S. 18
- 5 - Wittfogel, a. a. O., vor allem S. 281- 288, S. 464 f. u. S. 542- 545
- 6 - s. z. B. Bahro, a. a. O. und Konrad/ Szelenyi, a. a. O., S. 133- 195
- 7 - Konrad/ Szelenyi, a. a. O., S. 135
- 8 - Wittfogel, a. a. O., S. 281- 288 u. Konrad/ Szelenyi, a. a. O., S. 136f.
- 9 - Konrad/ Szelenyi, a. a. O., S. 136
- 10 - Geyer, a. a. O., S. 21
- 11 - s. z. B. Bahro, a. a. O., vor allem S. 191- 195. Bahro verwendet zwar ein Stratifikationsmodell, das aber nicht wenige "super- strata" beinhaltet, sondern eine sehr ausdifferenzierte Abfolge von Positionen innerhalb der Hierarchie des Produktionsprozesses. Ein räumliches Modell, das Parallelen zu Lepechins Darstellung aufweist, findet sich auf Seite 194.
- 12 - Peregudov, a. a. O.
- 13 - Javlinskij, a. a. O.
- 14 - Nevezin, a. a. O. (a)
- 15 - ders., a. a. O. (b)
- 16 - Davydova, a. a. O.
- 17 - Kolossov/ Krindach/ Turovskii, a. a. O.
- 18 - s. z. B. "Sovetskaja Rossija" vom 26. 12. 1996 mit längeren Auszügen aus einem Artikel des "Guardian" vom 18. 12. 1996 sowie Kotljarov, a. a. O.
- 19 - Solche Annahmen können nicht Gegenstand dieser Arbeit sein. Sie sind jedoch keineswegs völlig von der Hand zu weisen; vielmehr stellen sie den Gegenstand einer umfangreichen wissenschaftlichen und publizistischen Debatte dar. In Rußland werden z. B. die geopolitischen Ansätze des Briten Halford Mackinder rezipiert, der einen schicksalhaften Dualismus des ozeanischen "rimland" und des eurasisch- kontinentalen "heartland" annahm. Siehe z. B. Panarin, Aleksandr: Geopolitische Erklärungsmuster - eine Herausforderung für das Neue Denken, in: Heuer, B. und Prucha, M.: Der Umbruch in Osteuropa als Herausforderung für die Philosophie, Frankfurt/ Main 1995, S. 143- 162. Zitat: "Es ist für Rußland notwendig zu begreifen, daß es nicht willkürlich aus der Reihe der kontinentalen Mächte - der Teilhaber des "heartland" - in die Reihe der ozeanischen, zum "rimland" gehörenden Mächte überwechseln kann. Hier hilft weder der innige Wunsch einer Rückkehr nach Europa, noch nützt es, brav dem amerikanischen Vorbild zu folgen. Das Verweilen im kontinentalen eurasischen Raum ist unabänderliches russisches Schicksal..." (S. 154)
- 20 - Segbers, a. a. O., S. 31
- 21 - ebenda, S. 35
- 22 - ebenda, S. 22
- 23 - Margolina, a. a. O. (1994), S. 215 f.
- 24 - Peregudov, a. a. O.
- 25 - Amirov, a. a. O.
- 26 - Margolina, a. a. O. (1994), vor allem S. 29- 53 u. S. 209- 221
- 27 - dies., a. a. O. (1997)
- 28 - ebenda
- 29 - ebenda

30 - ebenda

Abschnitt 3:

- 1 - Berezovski/ Chervyakov, a. a. O.
- 2 - ebenda, s. 450
- 3 - Lepekhin, a. a. O., S. 70
- 4 - ebenda, S. 73
- 5 - Pappé, a. a. O. (a)
- 6 - ebenda, S. 39
- 7 - ebenda, S. 40
- 8 - Turanov, a. a. O. (06. 11. 1998)
- 9 - Kyrbasova, a. a. O., Pisarev, a. a. O. sowie "Trud", 18. 12. 1997
- 10 - San'ko, a. a. O.
- 11 - Klüter, a. a. O., S. 728
- 12 - Clover/ Thornhill, a. a. O.
- 13 - Ognivcev, a. a. O.
- 14 - Pappé, a. a. O. (a), S. 54
- 15 - ebenda, S. 55
- 16 - Koškareva/ Narzulikov, a. a. O. (28. 10. 1998)
- 17 - Dokuèaev, a. a. O. (1998)
- 18 - Buchholz, a. a. O.
- 19 - Dokuèaev, a. a. O. (1998)
- 20 - Amirov, a. a. O.
- 21 - ebenda
- 22 - Postnova, a. a. O.
- 23 - Amirov, a. a. O. und Kuz'mièev, a. a. O. (06. 11. 1998)
- 24 - Postnova, a. a. O.
- 25 - Segbers, a. a. O., S. 24
- 26 - ebenda, S. 22
- 27 - ebenda, S. 25

Abschnitt 4:

- 1 - Kryštanovskaja, a. a. O.
- 2 - ebenda
- 3 - ebenda
- 4 - ebenda
- 5 - Pribylovskij, a. a. O.
- 6 - Kryštanovskaja, a. a. O.
- 7 - Arid žanov, a. a. O.
- 8 - "Forbes", 30. 12. 1996, S. 94
- 9 - Latynina, a. a. O.
- 10 - Jakov, a. a. O.
- 11 - Safronèuk, a. a. O. (1997)
- 12 - Pappé, a. a. O. (a), S.54
- 13 - Safronèuk, a. a. O. (1997)
- 14 - Dokuèaev, a. a. O. (1997)
- 15 - Latynina, a. a. O.
- 16 - Koškareva/ Narzulikov, a. a. O. (28. 10. 1998)
- 17 - diess., a. a. O. (23. 12. 1998)
- 18 - Babaeva, a. a. O.
- 19 - Safronèuk, a. a. O. (1998)
- 20 - Kuznecova, a. a. O. und Nikolov, a. a. O.
- 21 - Nikolov, a. a. O.
- 22 - "Imperija Berezovskogo", nach Safronèuk, a. a. O. (1997)
- 23 - "Forbes", 30. 12. 1996, S. 96
- 24 - ebenda, S. 94 ff.
- 25 - ebenda, S. 92
- 26 - ebenda, S. 92
- 27 - Obšèaja gazeta, 48/ 1998
- 28 - Wehner, a. a. O.



29 - ebenda sowie Kobzev, a. a. O.

30 - siehe folgende Artikel: Užel' tot samyj Berezovskij? "Izvestija", 02. 11. 1996; Vopros ostal'sja: Užel' tot samyj Berezovskij? "Izvestija", 05. 11. 1996; O graždanstve Borisa Berezovskogo. V poslednyj raz, "Izvestija", 22. 11. 1996

31 - Kryštanovskaja, a. a. O.

32 - Griškovec, a. a. O.

#### Abschnitt 5:

1 - zitiert nach einem Redebeitrag von Andrej Rjabov auf der Berliner Internationalen Fachtagung "Rußland 2000: Die Finanzkrise des Staates, die Rolle des Westens und die gesellschaftlichen Entwicklungsperspektiven des Landes" (04./ 05. 11. 1998)

2 - Turanov, a. a. O. (02. 10., 28. 10. sowie 06. 11. 1998)

3 - ders., a. a. O. (28. 10. 1998)

4 - Mazochorov, a. a. O.

#### Abschnitt 6.:

1 - Trud, 11. 08. 1998

2 - ebenda

3 - Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. 11. 1998

4 - Quiring, a. a. O.

5 - Trud, 26. 05. 1998

6 - ebenda

7 - Veliënkov, a. a. O.

8 - Kuz'miëev, a. a. O. (03. 11. 1998)

9 - Gillies, a. a. O.

10 - Quiring, a. a. O.

11 - Belych, a. a. O.

12 - ebenda

13 - Trud, 26. 05. 1998

14 - Trud, 24. 06. 1998

15 - Jastrebcov, a. a. O.

16 - Trud, 24. 06. 1998

17 - Klüter, a. a. O., S. 729

18 - ebenda

19 - ebenda, S. 725 (Aus der angeführten Statistik geht hervor, daß noch 1980 Kohle und Erdgas jeweils 20% des Energieverbrauches abdeckten, während Erdöl mit mehr als 50% der bedeutendste Primärenergieträger war. Mitte der 90er Jahre lag Erdgas bei 50%, Erdöl bei 30% und Kohle bei 15%)

20 - Trud, 26. 05. 1998

21 - Umfangreichere deutsche Presseberichte: Quiring, a. a. O.; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. 11. 1998 / Russischsprachige umfassendere Darstellungen: Trud, 26. 05. sowie 11. 08. 1998

/ Zu den Auslandsaktivitäten: Vežnin/ Minakov, a. a. O. (allgemeiner Überblicksartikel); Bolšaja truba Gazproma v Evrope, Moskovskie novosti 07/ 1996 (Westeuropa allgemein); Pol'skaja premjera "Bol'šoj truby", Trud, 05. 12. 1996 (Polen, Westeuropa); Gazovaja stabilisacija, Nezavisimaja gazeta, 10. 06. 1997 (Deutschland); Ogon' "Prometeja", Trud, 21. 01. 1997 (Südosteuropa); Konkurencija "gaza s gazom", Trud, 07. 04. 1998 (Deutschland); Narzulikov, a. a. O. (Westeuropa)

22 - Veznin/ Minakov, a. a. O.,

23 - Quiring, a. a. O.

24 - Il'inskij, a. a. O.

25 - Narzulikov, a. a. O.

26 - Il'inskij, a. a. O.

27 - ebenda

28 - Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. 10. 1998

29 - Jastrebcov, a. a. O.

30 - Melle, a. a. O.

31 - Siehe die angeführten Trud- Artikel zu Gazprom, insbesondere Jastrebcov, a. a. O. und Trud, 24. 06. 1998; außerdem: Gazprom - delovaja elita, Interview von Vissarion Sisnev mit Rem Vjachirev, Trud 19. 05. 1998

32 - Pappe, a. a. O. (b), S. 472

33 - Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08. 09. 1998

34 - Pappe, a. a. O. (b), S. 472 ff.

35 - Abaffy, a. a. O.

- 36 - Osovskaja, a. a. O.  
37 - Anderson, a. a. O.  
38 - Lane/ Seifmulukov, a. a. O., S. 2  
39 - Pappe, a. a. O. (b), S. 467  
40 - ders., a. a. O. (a), S. 43  
41 - Lane/ Seifmulukov, a. a. O., S. 6  
42 - Pappe, a. a. O. (b), S. 466 und 474  
43 - Baiganov, a. a. O. und Širjaev, a. a. O.  
44 - Baiganov, a. a. O. und Ivanov/ Cypin, a. a. O.  
45 - Baiganov, a. a. O.  
46 - Lane/ Seifmulukov, a. a. O., S. 10  
47 - Turanov, a. a. O. (02. 10., 28. 10. und 06. 11. 1998)  
48 - Lane/ Seifmulukov, S. 10  
49 - ebenda; S. 23  
50 - Širjaev, a. a. O.  
51 - Lane/ Seifmulukov, a. a. O., S. 11  
52 - Ural'skij raboèij, 24. 02. 1998  
53 - Lane/ Seifmulukov, a. a. O., S. 12 f.  
54 - Vladimirov, Aleksandr, a. a. O.  
55 - Kuz'mièev, a. a. O. (21. 10. 1998)  
56 - Vladimirov, a. a. O.  
57 - Pappe, a. a. O. (b), S. 474 ff.  
58 - ebenda, S. 475  
59 - Gevorgjan, a. a. O. Diese Sicht der Dinge in dem Artikel der "Nezavisimaja gazeta" hat ihren Hintergrund möglicherweise darin, daß in dem von Sibneft'- Eigner B. Berezovskij kontrollierten Blatt zu jenem Zeitpunkt eine Diskreditierung des Konkurrenten LUKojl betrieben werden sollte. Sollte diese Vermutung zutreffen, so verbergen sich hinter den angeführten "geostrategischen Interessen Rußlands" in diesem Falle die realen Interessen der Berezovskij- Gruppe.  
60 - Abaffy, a. a. O.  
61 - Ivanov/ Cypin, a. a. O.

#### Abschnitt 7:

- 1 - Schmedt, a. a. O., S. 62  
2 - Segbers, a. a. O., S. 31  
3 - ebenda, S. 35  
4 - Javlinskij, a. a. O.  
5 - Ostapèuk, a. a. O.  
6 - Pappe, a. a. O. (b), S. 476 f.

